

Dokumentation 2006

Impressum

Herausgeber STADT FORUM POTSDAM
 Dipl. Ing. Albrecht Gülzow
 Dipl. Phil. Saskia Hüneke
 Prof. Dr. Helene Kleine
 Dipl. Ing. Hajo Kölling
 Dipl. Ing. Dieter Lehmann
 Dipl. Ing. Udo Müller
 Dr. Volker Pohl
 Dr. Reiner Pokorny
 Prof. Dipl. Ing. Bernd Steigerwald
 Gert Streidt
 Dipl. Ing. Christian Wendland

Bearbeitung Dr. Ing. Günter Schlusche

Gestaltung Erich Wrede, Grafik Design BDG, Potsdam

Druck Druckerei Rüss, Potsdam

Abbildungsnachweise:

Umschlagfoto: Foto von der Kuppel der Nikolaikirche auf den Alten Markt mit dem Fortuna-Portal und den archäologischen Ausgrabungen am Standort des ehemaligen Stadtschlusses, Mai 2007, Foto: Hagen Immel

1. Farbseite: Grafik Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn/Berlin
 Mit freundlichen Genehmigung des IRS, Erkner

2. Farbseite: Fotos Stadtkontor GmbH,
 Entwicklungsbeauftragter der Stadt Potsdam

3. Farbseite: Fotos Sanierungsträger Potsdam
 Mit freundlicher Genehmigung von Pro
 Potsdam 2006

4. Farbseite: Planungswerkstatt Potsdamer Mitte,
 Empfehlungen des Obergutachtergremiums,
 Planerstellung Planergemeinschaft Dubach
 Kohlbrenner, 2006
 Mit freundlicher Genehmigung der
 Stadtverwaltung Potsdam

Fotos auf den Seiten 2, 5, 7, 8, 13, 14,
 18, 19, 20
 Barbara Plate, Potsdam

Die Arbeit des STADT FORUMS POTSDAM im Jahr 2006 und die Realisierung dieser Dokumentation wurden durch finanzielle Zuwendungen der Stadtverwaltung Potsdam gefördert. Der Stadtverordnetenversammlung, der Stadtverwaltung und dem Oberbürgermeister der Stadt Potsdam, Herrn Jann Jakobs, gilt unser herzlicher Dank.

Dokumentation STADT FORUM POTSDAM 2006

Inhaltsverzeichnis

		Seite
Einführung	Oberbürgermeister Jann Jakobs	3
	Themenübersicht der Sitzungen	3
	Dieter Lehmann	4
Dokumentation	25. Sitzung des STADT FORUMS POTSDAM am 27.4.2006 „Potsdam und seine Funktionen als Landeshauptstadt“	5
	Leitgedanken der Kerngruppe	5
	Protokoll	6
	Empfehlungen der Kerngruppe	7
Dokumentation	26. Sitzung des STADT FORUMS POTSDAM am 22.6.2006 „Idee und Perspektiven des Städtebaus der Moderne in Potsdam“	8
	Leitgedanken der Kerngruppe	8
	Protokoll	11
	Empfehlungen der Kerngruppe	12
Dokumentation	27. Sitzung des STADT FORUMS POTSDAM am 30.11.2006 „Mitte für die Stadt – Der Landtagsneubau am Alten Markt“	13
	Leitgedanken der Kerngruppe	13
	Protokoll	17
	Empfehlungen der Kerngruppe	19
Anhang	STADT FORUM POTSDAM Teilnehmer der Sitzungen	20
	STADT FORUM POTSDAM Ziele und Merkmale	21
	Arbeitsvereinbarung des STADT FORUMS POTSDAM	22
	Pressespiegel	22



Prof. Dr. Ulf Matthiesen, Prof. Dr. Hermann Voesgen und Oberbürgermeister Jakobs (v.l.n.r.) am 27.4.2006

Vorwort des Oberbürgermeisters

Das STADT FORUM POTSDAM hat auch in diesem Jahr mit seinen Veranstaltungen eine breite öffentliche Diskussion zu Themen der Stadtentwicklung in Potsdam gefördert. Das Jahr 2006 war durch zahlreiche Entscheidungen in der Stadtentwicklung gekennzeichnet, die das zukünftige Bild und die Funktionalität der Landeshauptstadt prägen werden. In diesen Diskussionsprozess brachte sich das STADT FORUM POTSDAM mit seinen Veranstaltungen zu den Themen „Potsdam und seine Funktionen als Landeshauptstadt“, „Ideen und Perspektiven des Städtebaus der Moderne in Potsdam“ und „Mitte für die Stadt - Der Landtagsneubau am Alten Markt“ aktiv ein, um die politischen Entscheidungsprozesse und das Handeln der Verwaltung maßgeblich zu unterstützen. Die vom STADT FORUM POTSDAM erarbeiteten Handlungsempfehlungen wurden von der Verwaltung und der Politik als Spiegelbild der öffentlichen Diskussion angenommen und für die Entscheidungsvorbereitung genutzt.

Die Veranstaltungen des STADT FORUM POTSDAM dokumentierten erneut, wie wichtig die öffentliche Diskussion zu Stadtentwicklungsfragen und städtebaulichen Herausforderungen ist, um einerseits den Bürgerinteressen gerecht zu werden und andererseits die Ideen und Sichtweisen der Potsdamer aufzunehmen und das bürgerliche Engagement zu fördern. Die Teilnehmerzahlen und die „Hitze“ der Diskussionen verdeutlichten nicht nur die zunehmende kritische, aber konstruktive Haltung zu den Themen, sondern auch das gewachsene Interesse an aktiver Bürgerbeteiligung bei der Gestaltung Potsdams. Mit den Veranstaltungen 2006 und dem damit erreichten öffentlichen Interesse leistete das STADT FORUM POTSDAM einen wichtigen Beitrag für die Förderung der Entwicklung hin zu einer Bürgerkommune.

Am Ende des Jahres 2006 entstand zum Thema Landtagsbau für die Mitte der Stadt nach zweimaliger Ablehnung des Bebauungsplans durch die Stadtverordnetenversammlung eine schwierige Situation, in der durch Beschlüsse und durch Investitionen untersetzte Grundkonsens zum Landtagsneubau in Frage gestellt wurde. Vor diesem Hintergrund sorgte auch das STADT FORUM POTSDAM mit seiner Veranstaltung für Transparenz im Verfahren und regte ein erneutes Nachdenken und Abwägen in Hinsicht auf die Bedeutung des Vorhabens für die Potsdamer Mitte und die weitere Stadtentwicklung an. Das Ergebnis der zum Jahreswechsel stattgefundenen Befragung der Potsdamer Bürger zum Standort des Landtagsneubaus dokumentierte mit deutlicher Mehrheit das Bürgervotum für den Standort in Potsdams Mitte.

Die 25. Sitzung zum Thema „Potsdam und seine Funktionen als Landeshauptstadt“ fand mit bemerkenswerter politischer Präsenz aus dem Land Brandenburg statt. Hier wurde die Ausgestaltung der Rolle Potsdams als Landeshauptstadt aufgrund der Lagegunst, der

Geschichte, der wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung und die Nutzung der Stärken für eine gemeinsame Landesentwicklung erörtert und diskutiert. Es wurde deutlich, dass ein enger Zusammenhang zwischen kommunalpolitischen Entscheidungen und der Entwicklung im Land Brandenburg herzustellen ist und somit der weiteren Entwicklung Potsdams für das Land Brandenburg eine bedeutende Rolle zukommt.

In der Juniveranstaltung wurden mit regem Interesse die Aspekte des demographischen Wandels und die damit verbundenen neuen Herausforderungen für den Wohnungsmarkt diskutiert. Schließlich ist es neben anderen Bedingungen auch die Wohnungsmarktsituation, die zu dem nun schon über Jahre anhaltenden Bevölkerungswachstum führte. Der Bevölkerungsdruck unterstützt nicht nur die Revitalisierung, Modernisierung und Sozialisierung der Bestände, sondern auch die Erschließung neuer Wohnquartiere, die das „Moderne“ in Potsdam ergänzen und prägen werden. Dabei hält die Stadt an der sozialen Durchmischung der Bevölkerung in den Quartieren fest, denn nur so werden soziale Toleranz und Vielfalt gewahrt bleiben und auch zukünftig ein Markenzeichen Potsdams sein.

Abschließend möchte ich mich für das ehrenamtliche Engagement der Kerngruppe des STADT FORUMS POTSDAM recht herzlich bedanken. Durch hohe Professionalität bei der Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltungen und Fingerspitzengefühl bei der Themenauswahl und im Umgang mit Bürgern, der Verwaltung und der Politik konnte mit dem STADT FORUM POTSDAM die öffentliche Diskussion weiter qualifiziert werden. Um diese Diskussionsplattform zu erhalten, sichere ich weiterhin meine persönliche und die Unterstützung der Verwaltung zu.



Jann Jakobs
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam

STADT FORUM POTSDAM Themenübersicht der Sitzungen

- 1998**
 - 1. Stadtmittel und Verkehr
 - 2. Funktion und Gestalt der Mitte – Bedeutung für die Gesamtstadt
 - 3. BUGA 2001 – Chance für Potsdam
- 1999**
 - 4. Die „Mitte“ Potsdams – Beispiel Projekt Alte Stadtgärtnerei
 - 5. Insel Potsdam – Stadtlandschaft am Wasser und Ausbau der Wasserstraßen
 - 6. Wohnungsbau und Bevölkerungsentwicklung in Potsdam
- 2000**
 - 7. Gewerbeflächen und Arbeitsplätze in Potsdam
 - 8. Kulturstadt Potsdam
 - 9. Gestalterische Ansprüche und Bedeutungswerte für die zukünftige Mitte Potsdams
- 2001**
 - 10. Stadtteilzentren und Zentrenkonzepte für die Neubaugebiete Potsdams
 - 11. Preußenjahr 2001 – Wiederaufbau der Garnisonkirche?
 - 12. Leitlinien der Stadtentwicklung Potsdams bis 2015
- 2002**
 - 13. Öffentlicher Raum – Öffentliche Plätze
 - 14. Potsdamer Norden – Potsdamer Süden
 - 15. Kulturstadt Potsdam - Kulturhauptstadt Europas?
- 2003**
 - 16. Zwischenbilanz der Konversion
 - 17. Gestaltungsansprüche für Architektur in Potsdam
 - 18. Potsdam - Alt und Neu - Nord und Süd
- 2004**
 - 19. Potsdam – Stadt der Gärten und Parks
 - 20. Potsdam von außen
 - 21. Älter werden in Potsdam
- 2005**
 - 22. Zukunft der Potsdamer Mitte
 - 23. Zukünftige Schwerpunkte und Strukturen der Potsdamer Kulturpolitik
 - 24. Potsdam und der Tourismus
- 2006**
 - 25. Potsdams Funktionen als Landeshauptstadt
 - 26. Städtebau und Architektur der Moderne in Potsdam
 - 27. Mitte für die Stadt – Der Landtagsneubau
- 2007**
 - 28. Sport in Potsdam
 - 29. Museums- und Kunststadt Potsdam
 - 30. Orte der Erinnerung in Potsdam

Weitere Themen:

Chancen und Probleme der Eingemeindungen
Kulturband Ufer – Potsdams Wasserzonen
Schule, Bildung und Forschung als Standortfaktor

STADT FORUM POTSDAM

Anmerkungen zur Sitzungsperiode 2006

Die Themen des Jahres 2006 waren geprägt von dem Anspruch, die Stellung Potsdams als Landeshauptstadt auch aus der Außensicht zu reflektieren und in diesem Kontext die Potentiale moderner Architektur und die weit über die Stadtgrenzen hinaus wirkenden Entwicklungen in der Potsdamer Mitte zu diskutieren. Nicht ganz zufällig bündeln sich die Einzelthemen der Sitzungen 2006 in den Fragen, wie das Land Brandenburg durch Profilierung seiner Landeshauptstadt an Ausstrahlung und Anziehungskraft gewinnen kann und in welcher Weise die Potentiale moderner Architektur in Potsdam dazu beitragen.

Potsdam und seine Funktionen als Landeshauptstadt

Mit hohen Erwartungen wurde die Sitzung zum Thema „Potsdam und seiner Funktion als Landeshauptstadt“ vorbereitet. Erstmals war die Wahrnehmung der Landeshauptstadt von außen in den Mittelpunkt der Vorträge und der Diskussion gestellt worden. Die Sitzung – mit bemerkenswerter kommunalpolitischer Präsenz aus dem ganzen Land Brandenburg – hat gezeigt, dass ein gemeinsames Nachdenken über eine gezielte Ausgestaltung der Rolle Potsdams als Landeshauptstadt lohnend und notwendig ist. Den auswärtigen und den Potsdamer Kommunalpolitikern war klar: Für Potsdam gelten aufgrund der Lagegunst und der Geschichte sehr positive Entwicklungsbedingungen und es ist gut für das ganze Land, wenn Potsdam diese Vorteile nutzt und seine Stärken im Sinne der gemeinsamen Landesentwicklung ausbaut.

Jedoch müsste Potsdam mehr als bisher darauf achten, kommunalpolitische Entscheidungen unter Berücksichtigung der Landesinteressen zu treffen und nicht nur seine Rolle als „kleine, aber feine Schwester Berlins“ zu pflegen. Das beginnt mit der Energieversorgung und geht über den Theaterverbund und den Standort einer neuen Kunsthalle für das Land Brandenburg bis zum Nachdenken über neue Regeln zur differenzierten kommunalen Kofinanzierung bei den Förderprogrammen von Land und Bund.

Potsdam sollte das Verständnis und den weiteren Ausbau seiner Funktionen als Landeshauptstadt zum Gegenstand einer interkommunalen Kooperation machen – und nicht der Landesregierung überlassen. Vorschläge und Ideen hierfür liegen auf dem Tisch – vom Konzept der „Raumpioniere“ (Ulf Matthiesen) für die sich entleerenden Räume über die gemeinsame Bewerbung mit anderen Brandenburger Städten als „Wissenschaftsregion“ bis zu wechselnden Städtepartnerschaften. Potsdam kann dabei als Antriebsfaktor eines landespolitischen Ausgleichs wirken – ohne seine Stärken zu verlieren!

Idee und Perspektiven des Städtebaus der Moderne in Potsdam

Der Blick auf den Reformsiedlungsbau der 20er und 30er Jahre zeigt, dass Potsdam über eine Reihe von guten und gestalterisch gelungenen Quartieren verfügt, deren Qualitäten auch heute Bestand haben. Die heutigen Analysen und Prognosen des Wohnungsmarkts und der Einwohnerentwicklung zeigen übereinstimmend: Potsdam ist als Wohnungsstandort attraktiv, die Leerstände in den bestehenden Wohnquartieren gehören der Vergangenheit an, die Nachfrage steigt und eine Einwohnerzunahme steht für die nächsten Jahre bevor.

Potsdam hat sich bereits in der Vergangenheit dieser Aufgabe gestellt – mit Engagement und mit vorzeigbaren Ergebnissen! Das belegt die Zwischenbilanz der Aktivitäten zur baulichen Modernisierung und zur sozialen Qualifizierung der Quartiere des DDR-Wohnungsbaus v.a. in Babelsberg. Der Bericht von Dr. Baatz (Stadtkontor) machte aber auch klar, dass weitere Aufgaben für diese Gebiete noch bevorstehen z.B. die Sicherung der Sozialeinrichtungen v.a., der Schulen und die Stärkung der lokalen Ökonomie, auch weil die Menschen sich heute viel länger in ihrem Wohngebiet aufhalten als planerisch vorgesehen.

Die Experten der Wohnungswirtschaft wie Horst Müller-Zinsius und Carsten Hagenau haben beim STADT FORUM POTSDAM übereinstimmend daraus den Schluss gezogen, dass die Stadt Potsdam sich zukünftig verstärkt dem Wohnungsneubau, der Baulandaktivierung, der Qualifizierung des Wohnungsbestands für neue Einwohner und dem Wohnungsneubau v.a. im unteren Preissegment zuwenden muss. Womöglich braucht Potsdam auch wieder öffentlich subventionierten Wohnungsneubau. Mit derartigen Angeboten lässt sich die bestehende soziale Mischung in Potsdams Quartieren erhalten. Die Stadt muss zukünftig günstiges Bauland bereitstellen und sie braucht neue Konzepte des kosten- und flächensparenden Bauens – auch im Bornstedter Feld. Und in Gebieten wie dem Schlaatz muss nach der baulichen Struktur auch die entsprechende soziale Ausstattung gesichert und auf die neuen Bedarfe ausgerichtet werden. Nur so werden soziale Toleranz und Vielfalt gewahrt und bleiben auch zukünftig ein Markenzeichen Potsdams!

Mitte für die Stadt – Der Landtagsneubau am Alten Markt

Insbesondere die 27. Sitzung war an Aktualität des Themas kaum zu überbieten. Die Prominenz der Akteure, wie die des Landtagspräsidenten und des Finanzministers, vor allem aber die Bedeutung des Themas für die Stadt und das Land Brandenburg, verließen eine spannende und kontroverse Diskussion und zogen eine selten erlebte Zahl von Zuhörern an.

Das Projekt des Landtagsneubaus befand sich nach der zweimaligen Ablehnung des entsprechenden Bebauungsplans durch die Stadtverordnetenversammlung zweifellos in einer schwierigen Lage. Es bestand die Gefahr, dass der dazu bereits erzielte, durch Beschlüsse und Investitionen belegte Grundkonsens wieder in Frage gestellt wird und dass damit eine besondere Chance unwiderruflich vertan wird.

Die Stellungnahmen der externen Fachleute Prof. Dr. Sulzer und Dipl. Ing. Bräuer haben jedoch gezeigt: Der Bau eines Hauses der Demokratie an einem Ort des Absolutismus ist für Potsdam eine Herausforderung europäischen Ranges, die besonderer Anstrengungen bedarf! Die Stadt hatte bei den bis dahin erfolgten Planungen für diesen bedeutenden Ort bereits große Vorleistungen erbracht und die richtigen Schritte eingeleitet. Es blieben jedoch Zweifel, ob das vom Finanzministerium gewählte Verfahren der öffentlich-privaten Partnerschaft in dieser Phase zur höchstmöglichen Qualität führen würde.

Angesichts der unklaren Informations- und Entscheidungslage sollten alle Verfahrensbeteiligten den Mut zur Herstellung von Transparenz und zu weiteren vertrauensbildenden Maßnahmen haben. Die langfristige Bedeutung des Landtagsneubaus für die weitere Stadtentwicklung, auch im Hinblick auf weitere private Folgeinvestitionen zur Belebung der alten Mitte, sollte ein erneutes Nachdenken und eine genaue Abwägung der Schritte lohnen, die für die Erreichung höchstmöglicher Qualität an dieser so wichtigen Stelle der Stadt am besten geeignet sind.

Nach solcher Dramatik wird die Arbeit des STADT FORUMS POTSDAM im Jahr 2007 von Themen mit besonderer Spezifik und mit einigen Überraschungsmomenten geprägt sein. Es sind Themen, die zwar punktuell in der öffentlichen Wahrnehmung bereits vorkommen, aber bisher kaum einer strukturierten Diskussion zugeführt wurden. Dafür bietet nun das STADT FORUM POTSDAM den geeigneten Rahmen an. Die 31. Sitzung wird sich im Juni 2007 der oft zitierten, aber wenig diskutierten Rolle der Landeshauptstadt als Sportstadt zuwenden. Auch die 32. Sitzung im September 2007 soll ein Thema beleuchten, das in seinen komplexen Potentialen für die Landeshauptstadt noch nicht ausreichend in breiter Öffentlichkeit erörtert zu sein scheint: „Museen und Orte der Kunst“ – wie und wo sollen die Schätze von Kunst und Kultur präsentiert und damit auch in den Kontext des Tourismus und der Stadtentwicklung, nicht zuletzt in der Potsdamer Mitte eingebunden werden? Der Abschluss des Jahres 2007 wird im November die Diskussion über „Orte der Erinnerung“ sein, Orte des Gedenkens an das NS-Regime und die DDR-Zeit. Auch hierzu sind nicht nur die Insider, sondern alle Interessierten eingeladen.

Dieter Lehmann
für die Kerngruppe

25. Sitzung STADT FORUM POTSDAM

am 27.4.2006

„Potsdam und seine Funktionen als Landeshauptstadt“



Leitgedanken der Kerngruppe

Die 1990 getroffene Entscheidung für Potsdam als Hauptstadt des neugebildeten Bundeslandes Brandenburg hat maßgeblich zur positiven Entwicklung der Stadt seit der Wende beigetragen. Potsdam wurde von der Landesregierung Brandenburg seitdem kontinuierlich zur Landeshauptstadt Brandenburgs ausgebaut. Der Hauptstadtvertrag von 1994 regelt die entsprechende Aufgabenverteilung und hat der Stadt die finanzielle Unterstützung der Landesregierung für die daraus erwachsenen besonderen Belastungen verschafft.

Obwohl Potsdam im Vergleich der Landeshauptstädte Deutschlands nach Schwerin die zweitkleinste Landeshauptstadt ist, verfügt die Stadt im statistischen Vergleich wichtiger Strukturdaten über vergleichsweise gute Merkmale. Bei der Einwohnerentwicklung (Geburtenrate, Wanderungsgewinne) und bei der wirtschaftlichen Entwicklung (Arbeitslosigkeit, Kaufkraft) zeigt sich in Potsdam nach einem schwierigen Anpassungsprozess in den neunziger Jahren ein positiver Trend, wobei die gute Situation der Stadt vor allem auf den Tourismus und den starken Besatz mit Bildungs- und Forschungseinrichtungen zurückzuführen ist.

Bei genauerer Betrachtung lässt sich feststellen, dass die gute Position Potsdams - gerade im Vergleich der Städte in den neuen Bundesländern und der Städte des Landes Brandenburg - zu einem beträchtlichen Teil auf seine Zugehörigkeit zur Metropolregion Berlin-Brandenburg zurückzuführen ist. Im noch nicht abgeschlossenen Prozess der funktionalen Verflechtung und Ausdifferenzierung der Metropolregion hat Potsdam sich zusehends zum Gewinner entwickelt (z.B. Wohnungsmarkt, Hauptstadtfunktionen).

Diese Entwicklung steht im starken Kontrast zu wesentlichen räumlichen und wirtschaftlichen Tendenzen im Land Brandenburg, die seit einigen Jahren durch eine Zunahme der disparitären Entwicklungen geprägt sind. Die Landespolitik hat das bisher gültige Ziel des gesamträumlichen Ausgleichs anhand des Leitbilds der dezentralen Konzentration aufgegeben und angesichts der begrenzten Finanzmittel eine Neuorientierung der Entwicklungs- und Förderpolitik angekündigt, in deren Mittelpunkt die Identifizierung und der Ausbau von regionalen Wachstumskernen stehen soll. Das könnte zu einer Vertiefung der bereits bestehenden Ungleichgewichte in der räumlichen Entwicklung des Landes führen - ein Trend, den auch die Regionalwissenschaft für die nächsten Jahre prognostiziert.

Erkennbar ist die stärker werdende interkommunale Konkurrenz an Politikfeldern wie z.B. der Wirtschaftsförderung von Freizeitbädern. Die von Potsdam beanspruchte Förderung des auf dem Brauhausberg vorgesehenen Freizeitbads wird vom zuständigen Landesministerium zumindest in dem vorgesehenen Umfang nicht anerkannt. Eine Reihe von Städten, wo bereits realisierte Freizeitbäder unter schwieriger gewordenen Rahmenbedingungen am Rand der Wirtschaftlichkeit betrieben werden, verfolgt diese Entwicklung mit einem gewissen Unbehagen.

Es ist also nicht nur sachlich geboten, sondern zugleich auch klug und vorausschauend, wenn die Stadt Potsdam in dieser Phase Überlegungen anstellt, wie sie ihre Funktion als Landeshauptstadt zukünftig sieht. Diese besondere Funktion und Aufgabe sollte in Abstimmung mit den übrigen Landesteilen weiterentwickelt und im Sinne des gesamten Landes Brandenburg nutzbar gemacht werden.

Fragen für die Diskussion:

1. Hat Potsdam seine Rolle und seine Aufgaben als Landeshauptstadt Brandenburgs voll erkannt und angenommen oder bezieht sich Potsdam in seiner städtischen, kulturellen und sozialen Entwicklung zu sehr auf die Großstadt Berlin und den gemeinsamen Metropolenraum?
2. Welche Identifikationsmerkmale und -projekte bietet die Stadt Potsdam für die übrigen Landesteile bzw. die übrige Landesbevölkerung?
3. Sollte sich das Land Brandenburg stärker „auf Potsdam als seine Kulturhauptstadt“ beziehen (Prof. Dr. Hartmut Dorgerloh)? Richtet sich die Stadt Potsdam in ihren kulturellen Aktivitäten und Zielen zu sehr an nationalen und internationalen Parametern aus (Beispiel Bewerbung Potsdams als Kulturhauptstadt Europas) und vernachlässigt darüber ihre Rolle als kultureller Repräsentant des Landes?
4. Ist die Kenntnis der Aufgaben einer Landeshauptstadt bei der Potsdamer Bevölkerung und in der Potsdamer Stadtpolitik hinreichend vorhanden?
5. Bedienen sich die übrigen Städte und die übrigen Landesteile Brandenburgs ihrer Landeshauptstadt im ausreichenden Maß? Wird Potsdam als

Landeshauptstadt vom übrigen Land Brandenburg genügend gefordert?

6. Ist für Städte und Landesteile an der Grenze zu anderen Bundesländern bzw. anderen Staaten die eigene Landeshauptstadt noch von großer Bedeutung oder beziehen sich diese Städte bzw. Teilräume wirtschaftlich, kulturell und sozialräumlich eher auf grenzüberschreitende Regionen und Kooperationen?
7. Gibt es genügend und richtig funktionierende Ebenen bzw. Instrumente der Repräsentanz aller Teilräume/ Regionen/Städte des Landes Brandenburg durch seine Hauptstadt?
8. Gibt es landesrelevante Aufgaben und Institutionen, die besser in anderen Städten bzw. Räumen des Landes Brandenburg wahrgenommen und lokalisiert werden sollten oder ist die bisher verfolgte Politik der dezentralen Unterbringung von Landesbehörden (z.B. Landesdenkmalamt in Wünsdorf) gescheitert?
9. Was kann Potsdam zur Stärkung der kulturellen und sozialen Identität der übrigen Landesteile und Städte tun?

Für die Kerngruppe
Dr. Günter Schlusche



Bürgermeister Werner Große, Friedrich von Kekulé und Oberbürgermeister Jann Jakobs auf dem Podium am 27.4.2006

Protokoll der 25. Sitzung

Thema: Potsdam und seine Funktionen als Landeshauptstadt

Datum: Donnerstag, 27.4.2006, 18 bis 21.20 Uhr

Ort: Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, Am Neuen Markt, Potsdam

Moderator **Prof. Dr. Hermann Voegen** übergab nach einer kurzen Begrüßung das Wort an Oberbürgermeister **Jann Jakobs** für dessen Einführung zum Thema. Darin griff dieser die aktuelle Debatte um den Landtagssitz in Potsdam und um die umstrittene Förderung des auf dem Brauhausberg geplanten Freizeitbads auf und konstatierte, dass bei der öffentlichen Debatte zu diesen Themen Vorbehalte gegen die Rolle Potsdams als Landeshauptstadt sichtbar geworden seien. Die Frage nach den Erwartungshaltungen anderer Städte und Institutionen Brandenburgs bezüglich der Rolle Potsdams habe für ihn bei der heutigen Debatte zentrale Bedeutung. **Prof. Voegen** nannte in seiner Einführung die Stadt München eine selbstverständliche Landeshauptstadt, während Bonn, Brasilia oder Canberra als Bundeshauptstädte eher untypische Vertreter seien. Im Falle Potsdams sei es wichtig, was die Landeshauptstadt für das Land tue und welchen positiven Nutzen die Bürger von dieser Aufgabe hätten.

Prof. Dr. Ulf Matthiesen (Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Erkner) skizzierte zu Beginn seines Referats die Lage der Metropolregion Berlin-Brandenburg als ambivalent, da sie von Schrumpfung, Wachstum und Stagnation gleichzeitig geprägt sei. Auch Potsdam, die „feine, kleine, wendige Schwester Berlins“, stehe trotz seiner positiven Trends unter dem Einfluß der disparitären Raumentwicklungen im Land Brandenburg, könne sich aber stärker bei der Entwicklung neuer Leitbilder engagieren. **Matthiesen** schlug beispielhaft jährlich wechselnde Partnerschaften mit stagnierenden oder von Schrumpfung betroffenen Städten Brandenburgs vor und regte auch die Installation von kleinen Netzwerken mit „Raumpionieren“ für die entleerten Räume an. Ein „Denksalon“ zu neuen Formen des Ratschlags über die Funktion einer Landeshauptstadt könne dies befördern.

Es folgte der Beitrag von **Christian Kneisel** (Intendant des Theaters der Stadt Brandenburg), der der Entwicklung der Potsdamer Kultur und des Hans-Otto-Theaters im besonderen seine Anerkennung aussprach. Die Rahmendaten für die Kultur in Potsdam und in Brandenburg seien jedoch sehr unterschiedlich, Die Bevölkerung der Stadt Brandenburg sei viel stärker lokal gebunden und durch wirtschaftlichen Abbau und Schließungen stärker traumatisiert. Die Stadt Brandenburg könne ihre Verpflichtungen im Landesverband der Theater zunehmend schwieriger erfüllen. Trotz des starken Personalabbaus und des Migrationsverlustes gerade bei jungen Schauspielern sei die Auslastung des Theaters Brandenburg deutlich gestiegen. Angesichts der starken Rivalität zwischen

Brandenburg und Potsdam wäre es gut, wenn es gelänge, das für das Land notwendige Zentrum für junge Kunst und Kultur in der Stadt Brandenburg zu etablieren.

Anschließend trug **Ulrich Thiessen** (Journalist, Märkische Oder-Zeitung, Frankfurt/Oder) seine Thesen zur Rolle Potsdams vor, in denen er das schlechte Image Potsdams als hausgemacht bezeichnete. Beispielhaft dafür nannte er die Entscheidung der Potsdamer Stadtwerke gegen die Braunkohle, den Hauptstadtvertrag, über den Potsdam viel Geld ohne transparenten Verwendungsnachweis erhalte, sowie den Theaterneubau. Potsdam müsse sich mangelnde Solidarität vorwerfen lassen und sollte daher ein eigenes Interesse daran haben, einige seiner Einrichtungen und Qualitäten stärker auf das Land ausstrahlen zu lassen.

Die anschließende Diskussion wurde mit einer Frage von **OB Jakobs** nach den „Raumpionieren“ für die entleerten Räume des Landes eröffnet, für die nach Auffassung von **Prof. Matthiesen** deutlich geworden werden müsse. **Martin Patzelt** (OB Frankfurt/Oder) wandte sich gegen die Vorstellung einer „Patentante Potsdam“, hielt aber die Entwicklung von Netzwerken unter den Städten für sinnvoll. Frau **Prof. Dr. Kleine** sah die Verantwortung der Hochschulen Potsdams für die Studenten, die zunehmend in der Peripherie Potsdams wohnen würden. Sie regte eine Kooperation mit der IBA Fürst-Pückler-Land in der zerstörten Braunkohle-Region südlich von Cottbus an, deren Revitalisierung eigentlich eine Aufgabe der Zivilgesellschaft sei. **Friedrich von Kekulé** (Brandenburg) erinnerte an den während der Kulturhauptstadt-Bewerbung eingebrachten Vorschlag zur Einrichtung einer Kunsthalle in Brandenburg, der jedoch von Potsdamer Seite gar nicht aufgegriffen worden sei. Moderator **Prof. Voegen** bemerkte, dass die Umlenkung von auf Potsdam gerichteten Impulsen auf andere Städte des Landes sehr schwierig sei. **Erich Jesse** (GF Sanierungsträger Potsdam) verwies darauf, dass ein Reihe von Investitionen in Potsdam etwas für die Stadt und damit für das Land bewirken würde, während sie bei einem Einsatz in anderen Städten des Landes wirkungslos blieben. **Mike Schubert** (StVV Potsdam) stellte die Frage, ob die Probleme Potsdams auch in anderen Städten der neuen Bundesländer z.B. in Dresden vorzufinden seien.

Prof. Matthiesen wies in seiner Replik darauf hin, daß die Suburbanisierung im Metropolraum Berlin ihren Höhepunkt überschritten habe, während die wirtschaftlichen und sozialen Disparitäten im Land zunehmen würden. Daher sei es wirklich notwendig, über Tandemlösungen oder andere Ausgleichsinstru-

mente nachzudenken. **Ulrich Thiessen** forderte einen Mentalitätswechsel, denn Potsdam stehe mit dem Gesicht zu Berlin, müsse sich aber stärker dem Land Brandenburg zuwenden, eine Einschätzung, die von **Klaus Petry** (Bürgermeister Wittenberge) unterstrichen wurde.

Nach der Kaffeepause leitete Moderator **Prof. Voegen** zur Podiumsdiskussion mit dem Thema „Was erwarten die Städte und Regionen des Landes Brandenburg von Potsdam als Landeshauptstadt?“ über, die von **Klaus Petry** (Bürgermeister der Stadt Wittenberge) mit einem „kritischen Blick aus der Peripherie auf Potsdam“ eröffnet wurde. Die genannten Vorschläge zur interkommunalen Kooperation seien ein neues, aber wohl schwierig zu realisierendes Element. **Petry** warnte davor, die Anforderungen an die Landeshauptstadt zu hoch zu schrauben, bekannte aber, dass ihm auch nicht immer alles verständlich sei, was „man sich in Potsdam leiste“.

Martin Patzelt (Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt/Oder) konstatierte, dass in Potsdam eine Landesregierung sitze, die in erster Linie funktionieren müsse. Diese Funktionalität einer Landeshauptstadt müsse anschaulich und zugleich verhältnismäßig sein. **Patzelt** vermisste ein Interesse Potsdams an Städten wie Frankfurt/Oder oder Wittenberge, die auch zum Land gehörten. Im interkommunalen Vergleich sei es für eine Stadt nicht entscheidend, wie groß sie sei, sondern ob sie funktioniere.

Werner Große (Bürgermeister der Stadt Werder/Havel) stellte fest, dass eine stärkere Kooperation aus seiner Sicht unumgänglich sei. Er verwies auf bereits erfolgreiche Kooperationsbeispiele, so z.B. bei der BUGA 2001, beim Gemeindeforum Havelseen oder beim Wassertourismus. Allerdings sei Werder in seiner Kooperation nicht nur auf Potsdam bzw. das Land Brandenburg ausgerichtet, sondern entwickle auch Kooperationen mit Berlin.

Friedrich von Kekulé (Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brandenburg) plädierte für eine Kooperation auf Augenhöhe und nahm für Brandenburg trotz der „schlechteren Karten“ ein durchaus ebenbürtiges Selbstbewußtsein in Anspruch. Er griff das Thema der Kunsthalle auf, die nicht in Potsdam, sondern nur in Brandenburg sein solle. Angesichts der Raumentwicklung werde es nicht möglich sein, „dass alles überall ist“.

Die anschließende Diskussion wurde durch **Martin Patzelt** eröffnet, der das Staatsorchester Frankfurt/Oder als eine für die Identität der Stadt

Potsdams Rolle als Landeshauptstadt in gezielter Kooperation ausgestalten!

Empfehlungen der Kerngruppe zur 25. Sitzung

sehr wichtige Einrichtung bezeichnete. Das durch derartige Institutionen zum Ausdruck kommende Profil einer Stadt müsse unbedingt bewahrt werden – Beliebigkeit sei für die Stadtentwicklung das Schlimmste. **Dr. Manfred Menning** plädierte ebenfalls für eine Kunsthalle in der Stadt Brandenburg, **Prof. Dr. Rüdiger** hingegen hielt zwei Kunsthallen-Standorte in Potsdam und Brandenburg für machbar – eine These, die **OB Patzelt** mit Hinweis auf die Finanzierungsprobleme bezweifelte.

OB Jakobs machte in seinem Statement darauf aufmerksam, dass bestimmte Einrichtungen und Investitionen nur in Potsdam machbar seien, wenn sie nicht für das Land Brandenburg verloren gehen würden. Er bezog sich dabei auf internationale Werbemöglichkeiten für Städte, z.B. auf der Immobilienmesse in Cannes, bot jedoch den anderen Städten an, diese Möglichkeiten gemeinsam zu nutzen. Ein Beispiel derartiger Kooperationen sei der Tourismus, wo Potsdam sein internationales Profil nutzen könne, um Touristen in andere brandenburgische Städte und Regionen zu lenken. Für einige Förderprogramme falle es bestimmten Städten Brandenburgs immer schwerer, den notwendigen Kofinanzierungsanteil bereitzustellen. Daher werde die Stadt Potsdam sich für eine differenzierte Eigenbeteiligung der brandenburgischen Städte einsetzen.

OB Patzelt lobte den Vorschlag einer differenzierten Eigenbeteiligung und bezeichnete auch einige der anderen heute gemachten Vorschläge als konkret und konstruktiv. **Christian Wendland** bezeichnete die heutige Diskussion als positiv und fand es bemerkenswert, daß das STADT FORUM POTSDAM sich mit der heutigen Diskussion zu einem „Städte-Forum“ weiterentwickle. **OB Jakobs** fasste die heutige Diskussion zusammen, indem er festhielt, dass das Land Brandenburg in Potsdam noch stärker erlebbar sein könne und auch in der Außenvertretung mehr für das Land tun könne. Die Außenvertretung der brandenburgischen Kommunen sollte nicht nur der Landesregierung überlassen werden.

Moderator **Prof. Voesgen** schloss die Sitzung mit einem Dank an die beteiligten Kommunalvertreter für ihre engagierte Diskussion.

Protokoll: Dr. Günter Schlusche

Die Sitzung – mit bemerkenswerter kommunalpolitischer Präsenz aus dem ganzen Land Brandenburg – hat gezeigt, daß ein gemeinsames Nachdenken über eine gezielte Ausgestaltung der Rolle Potsdams als Landeshauptstadt lohnend und notwendig ist. Den auswärtigen und den Potsdamer Kommunalpolitikern ist klar: Für Potsdam gelten aufgrund der Lagegunst und der Geschichte sehr positive Entwicklungsbedingungen und es ist gut für das ganze Land, wenn Potsdam diese Vorteile nutzt und seine Stärken im Sinne der gemeinsamen Landesentwicklung ausbaut.

Jedoch müßte Potsdam mehr als bisher darauf achten, kommunalpolitische Entscheidungen unter Berücksichtigung der Landesinteressen zu treffen und nicht nur seine Rolle als „kleine, aber feine Schwester Berlins“ zu pflegen. Das begann mit der Energieversorgung und geht über den Theaterverbund und den Standort einer neuen Kunsthalle für das Land Brandenburg bis zum Nachdenken über neue Regeln zur differenzierten kommunalen Kofinanzierung bei den Förderprogrammen von Land und Bund. Die planungswissenschaftliche Analyse zeigt, dass die räumliche Entwicklung des Landes

Brandenburg zukünftig von Ungewissheit und einem gleichzeitigen Zusammentreffen unterschiedlichster Trends wie Wachstum, Schrumpfung und Stagnation geprägt sein wird. Für eine solche Situation gibt es keine Patentrezepte, es kann jedoch nicht im Sinne Potsdams sein, diese „Disparitätendynamik“ zu verschärfen und dadurch die Neiddebatte anzuheizen.

Potsdam sollte das Verständnis und den weiteren Ausbau seiner Funktionen als Landeshauptstadt zum Gegenstand einer interkommunalen Kooperation machen – und nicht der Landesregierung überlassen. Vorschläge und Ideen hierfür liegen auf dem Tisch - vom Konzept der „Raumpioniere“ (**Ulf Matthiesen**) für die sich entleerenden Räume über die gemeinsame Bewerbung mit anderen Brandenburger Städten als „Wissenschaftsregion“ bis zu wechselnden Städtepartnerschaften. Potsdam kann dabei als Antriebsfaktor eines landespolitischen Ausgleichs wirken – ohne seine Stärken zu verlieren!

Für die Kerngruppe
Dr. Günter Schlusche



Prof. Dr. Helene Kleine in der Diskussion am 27.4.2006



Dr. Bärbel Dalichow während Ihres Diskussionsbeitrags am 27.4.2006



Podium mit Bürgermeister Werner Große, Oberbürgermeister Martin Patzelt und Dr. Günter Schlusche (v.r.n.l.) am 27.4.2006

26. Sitzung des STADT FORUMS POTSDAM

am 22.6.2006

Idee und Perspektiven des modernen Wohnungsbaus in Potsdam



Leitgedanken der Kerngruppe

Der Wohnungsbau der Moderne und der Spät-Moderne der DDR-Ära spielt in der (Selbst-) Wahrnehmung der Stadt keine große Rolle. Prägend für das bauliche Bild Potsdams sind die architektonischen Leistungen des 18. und 19. Jahrhunderts, auch wenn diese für die Wohnungsversorgung der Stadt nur eine geringe Rolle spielen.

Diese Wahrnehmung ist jedoch nicht sachgerecht, denn Potsdam verfügt zum einen mit dem Siedlungsbau der Jahre von 1910 bis 1940 über eine Reihe von qualitativ hochwertigen und auch im überregionalen Maßstab interessanten Beispielsiedlungen. Zum anderen nimmt der industrielle Wohnungsbau der DDR-Zeit eine entscheidende Rolle für die Wohnungsversorgung der Stadt wahr. Über 40 % der Potsdamer wohnen in einer Wohnung aus dieser Zeitspanne. Diese Wohnungsbauquartiere waren in den letzten 15 Jahren einem rasanten sozialen, baulichen und mentalen Wandel unterworfen, haben aber gezeigt, dass sie heutigen Wohnbedürfnissen im hohen Maße entsprechen können.

Die Stadt Potsdam hat in Kooperation mit den Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften mit ihren Strategien für die Wohnungsbauquartiere der DDR-Ära den Beweis für die bauliche Anpassungsfähigkeit dieser Quartiere geliefert. Zugleich haben diese Akteure auch einen Beitrag zur kulturellen Rehabilitation der Bauten dieser sog. „Spät-Moderne“ geleistet, deren Präferenz in der Gesellschaft zeitweilig nicht sehr hoch ist. Nun zeichnet sich ab, dass der bisher gültige förderrechtliche und finanzielle Rahmen für die baulichen Maßnahmen in diesen Gebieten ausläuft, so dass die Zeit für eine Zwischenbilanz und Neuausrichtung der Entwicklung dieser Quartiere gekommen ist.

Die Beschäftigung mit dem, was im Potsdamer Wohnungsbau der vergangenen Jahrzehnte (s. Ausstellung im Schaufenster der FH Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 6) erreicht worden ist, macht auch aus einem anderen Grund Sinn. Die Stadt Potsdam sollte sich darauf einstellen, dass sie in ihrer weiteren Entwicklung wieder mehr Wohnungsbaugeschäfte für eine wachsende Stadtbevölkerung bereitzustellen hat. Dies legen jedenfalls die aktuellen Prognosen des Landes und der Stadt für die zukünftige Einwohnerentwicklung Potsdams nahe. Anders als in vielen Städten in den neuen Ländern ist die Leerstandsquote in Potsdams Wohnungsbauquartieren auf einem sehr niedrigen Niveau. Damit gewinnt die seit fast 10 Jahre in den Hintergrund gerückte Frage nach Standort

ten, baulichen, finanziellen, sozialen und ökologischen Merkmalen des künftigen Potsdamer Wohnungsbaus wieder neue Aktualität.

Fragen für die Referenten:

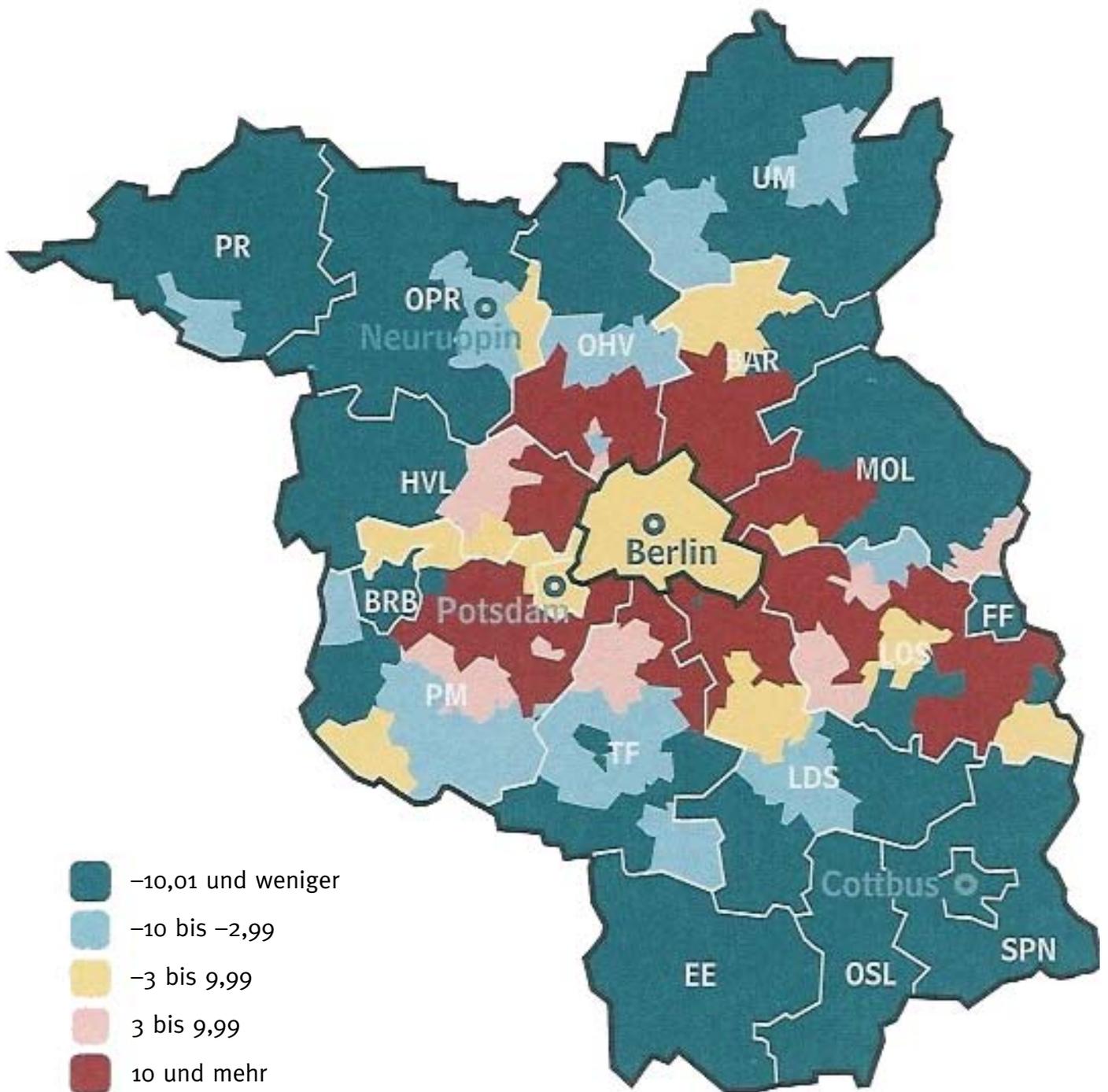
1. Was ist in den Jahren seit der Wende in den Quartieren des DDR- Wohnungsbaus geschehen? Wo lag der Schwerpunkt der baulichen Maßnahmen? Wie ist ihr gegenwärtiger Status? Was bleibt in den nächsten Jahren zu tun, um diese Quartiere als attraktive Wohnstandorte zu erhalten?
2. Welche Merkmale und Eigenschaften muß der Wohnungsbau zukünftig in Potsdam haben, um vor den demographischen und sozialen Herausforderungen (Überalterung und sinkende Erwerbsquote der Stadtbevölkerung, Auflösung des klassischen Familienverbundes) bestehen zu können?
3. Ist es richtig, angesichts des gesellschaftlichen Paradigmenwechsels und der geänderten kommunalen Handlungsspielräume den städtischen und staatlichen Einfluß auf den Wohnungsbau auch weiterhin so deutlich zurückzunehmen bzw. auf die Bestandspflege und -modernisierung zu begrenzen, wie dies in den vergangenen Jahren geschehen ist?
4. Droht für die Potsdamer Quartiere des industrialisierten DDR-Wohnungsbaus, die z.T. durch eine einseitige demographische Struktur geprägt sind, die Gefahr der sozialen Entmischung? Sind diese Quartiere darauf vorbereitet oder müssen sie z.B. in ihrer sozialen Infrastruktur darauf angepasst werden?
5. Kann die Stadt ihren kommunalen bzw. kommunal gesteuerten Wohnungsbestand langfristig halten? Welches moderne Verständnis von „sozialer Fürsorge“ steht hinter einem solchen Anspruch? Warum ist der Wohnungsbau in Potsdam auch zukünftig ein zentrales kommunales Politikfeld?
6. Ist der Wohnungsbau-Schwerpunkt Bornstedter Feld mit den dort von der Stadt bereits erbrachten erheblichen finanziellen und infrastrukturellen Vorleistungen für die sich jetzt abzeichnenden Wohnungsbaubedarfe der richtige Standort? Haben sich die vor einigen Jahren dort vorgenommenen Umsteuerungsmaßnahmen (Höhere Eigentumsquote, mehr bauliche Flexibilität) als richtig erwiesen?

7. Kann die Stadt auch zukünftig eine vorausschauende Bodenpolitik betreiben, um kommenden Generationen Wohnungsbauland für deren Reformprojekte anbieten zu können?

Für die Kerngruppe
Dr. Günter Schlusche



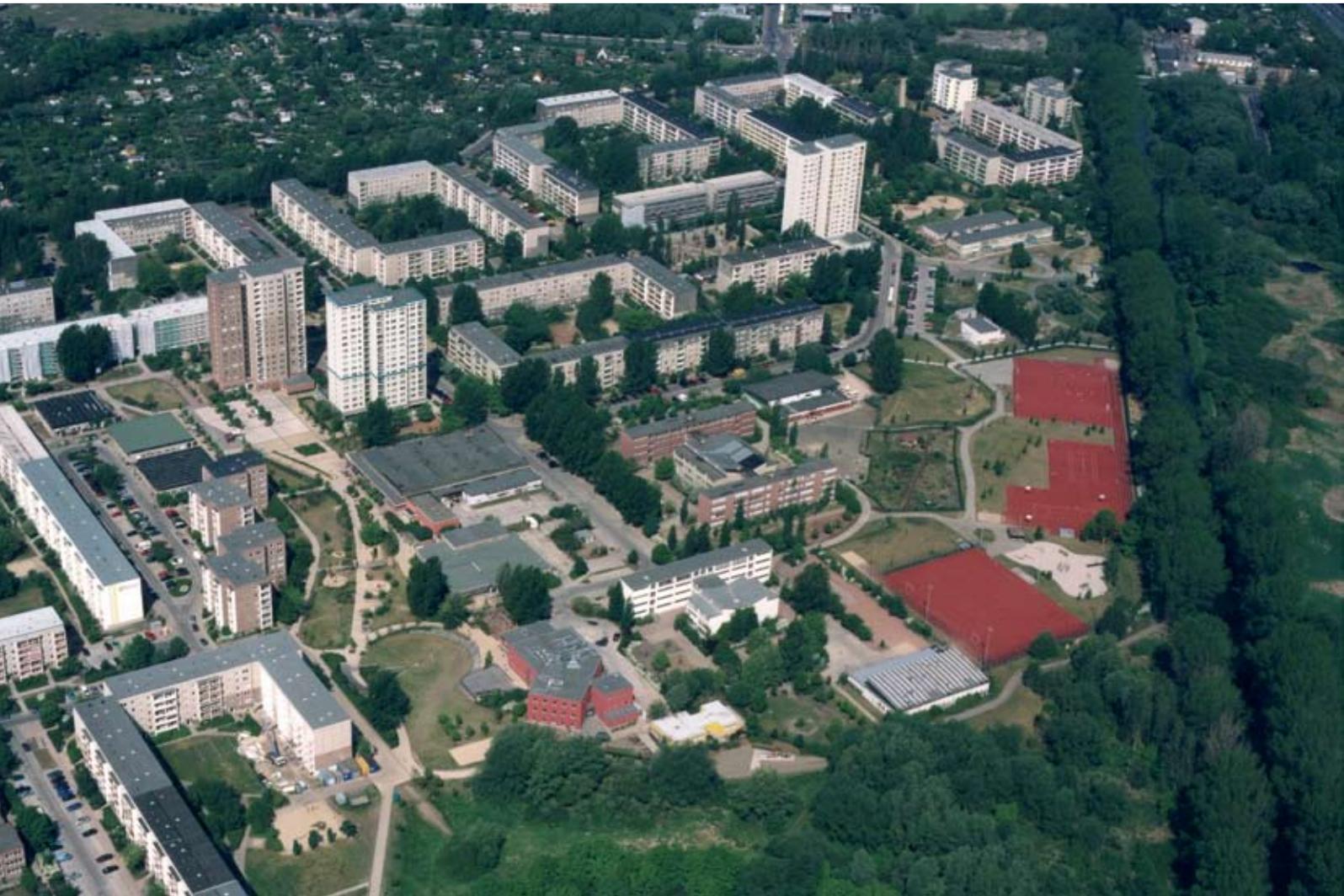
Michael Brüer trägt am 30.11.2006 vor.



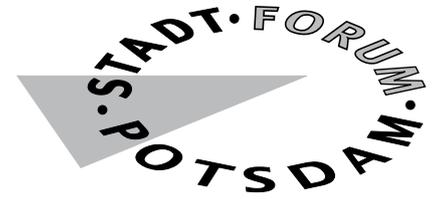
Zahlenangaben in Prozent der gegenwärtigen Einwohner



Oben: Spielplatz im Quartierspark am Zentrum der Waldstadt II
Unten: Luffoto des Neubaugebiets Am Schlaatz



Protokoll der 26. Sitzung



Termin: Donnerstag, 22.6.2006, 18 bis 21.45 Uhr
Ort: Altes Rathaus am Alten Markt, Potsdam
Thema: Idee und Perspektiven des modernen Wohnungsbaus in Potsdam

Moderator **Prof. Dr. Hermann Voesgen** begrüßte die Anwesenden und übergab das Wort an die Beigeordnete **Dr. Elke von Kuick-Frenz**. In ihrer Einführung charakterisierte sie die durch einen Zuwachs von derzeit 146 000 auf 160 000 Einwohner in 2020 geprägte Entwicklung Potsdams als eine „Entwicklung gegen den Trend“. Abriß sei in Potsdam kein Thema, stattdessen würden Investoren für kleinere Wohnungen gesucht. Diese Tendenz komme auch in den landesentwicklungspolitischen Zielen zum Ausdruck, nach denen Potsdam ein regionaler Wachstumskeim sei. Gemäß der nunmehr gültigen Zielaussage „Stärken stärken“ könne Potsdam im Tourismus und beim Ausbau regenerativer Energie mit starker Förderung rechnen. Beim Wohnungsbau gehe es vor allem um Netzwerkarbeit zwischen den einzelnen Akteuren und um den Ausbau des Stadtteilmanagements.

Dr. Reiner Pokorny trug anschließend die Leitgedanken der Kerngruppe zum Thema vor, in denen er auf die bevorstehenden strukturellen Änderungen im Potsdamer Wohnungsmarkt hinwies. Mit den demnächst auslaufenden Förderprogrammen für die Quartiere des DDR-Wohnungsbaus werde die Frage nach der baulich-sozialen Zukunft dieser Quartiere neu gestellt. Angesichts des erkennbaren Einwohnerwachstums müsse sich die Stadt deutlich mehr Gedanken über Wohnungsangebote für unterschiedliche Bedarfe und über deren mögliche Finanzierung machen.

Jörg Limberg (Untere Denkmalschutzbehörde Potsdam) stellte in seinem illustrierten Beitrag einige bemerkenswerte Reform- und Genossenschaftssiedlungen Potsdams vor. Er begann mit der Kolonie Daheim und der Kolonie Lärchenhöhe, die um die Jahrhundertwende entstanden sind. Die Wohnungsreformpolitik der Weimarer Republik habe auch in Potsdam zu einer Blüte des genossenschaftlichen Wohnungsbaus geführt. Dafür nannte er beispielhaft die Siedlung Cäcilienhöhe, die Siedlung an der Heinersdorfer Straße, die Siedlung am Schillerplatz sowie die Erwerbslosensiedlung Vorderkappe und die Siedlung an der Gutenbergstraße. Er wies auf die architektonische Qualität dieser Siedlungen hin, die teilweise schon Ansätze der Architektur der Moderne enthielten würden. Allerdings sei ihr baulicher Zustand teilweise nicht gut, was dem Rang dieser Siedlungen nicht anspreche. Auch im öffentlichen Bewusstsein der Stadt seien diese Siedlungen wenig präsent.

Anschließend folgte der Beitrag von **Dr. Rainer Baatz** (GF Stadtkontor Potsdam) zu Idee, Entwicklung und Perspektiven des Großsiedlungsbaus der DDR-Zeit am Beispiel der Siedlungen Schlaatz und Waldstadt II. Während die Waldstadt II von 1977 bis 1986 nach dem Leitbild „Wohnen in und am Wald“ errichtet wurde und auch heute von diesen landschaftsräumlichen Qualitäten profitiere, sei es

beim Bau des Schlaatz aufgrund veränderter wohnungspolitischer Vorgaben zu Einsparungen bei Freiflächen, Wohnungsgrößen und -grundrissen gekommen, die bis heute Ursachen für bestehende Vermietungsprobleme seien. Die wohnungs- und städtebaupolitischen Maßnahmen seien daher beim Schlaatz umfassender und schlossen Landes-, Bundes- und EU-Programme ein. Die wohnungs- und städtebaulichen Mängel seien in beiden Gebieten innerhalb der nächsten zwei Jahre weitgehend beseitigt, im Sinne einer sozialen Nachsorge benötige der Schlaatz aber auch zukünftig Unterstützung. Die entsprechende Neuausrichtung der Förderung geschehe in Abstimmung mit dem Land und stelle die sozialen Einrichtungen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zur Stärkung der lokalen Ökonomie in den Mittelpunkt.

Moderator **Prof. Voesgen** eröffnete anschließend die Diskussion, die von **Dr. Scharfenberg** (SiVV PDS-Fraktion) mit einem Hinweis auf die drohende Schließung von drei Schulen in den Neubauquartieren eröffnet wurde. **Dr. Baatz** verwies auf die noch laufende Debatte und Moderator **Prof. Voesgen** bezog die sich abzeichnenden demographischen Veränderungen wie den Alterungsprozeß und den Bedeutungsverlust des Leitmodells Familie in die Debatte ein. Während **Jörg Limberg** hierauf mit dem Hinweis auf die auch heute bestehende Wohnungsnachfrage in den Siedlungen der 20er und 30er Jahre antwortete, erläuterte **Dr. Baatz** die erforderlichen baulichen Anpassungsmaßnahmen in den Gebieten des DDR-Wohnungsbaus, die jedoch mit Bevölkerungsverlusten einhergingen. **Dr. Ulrich Hartung** konstatierte, dass Potsdam sich in vergleichsweise komfortabler Lage befände, sah aber die unbefriedigende gestalterische Qualität bei der baulichen Anpassung dieser Quartiere als Problem an und nannte als Beispiel dafür die Hochhäuser des Zentrums Süd und das Bürgerhaus am Schlaatz. Während **Dr. Herbert Schlohm** dieser Feststellung vehement widersprach, stützte **Jörg Limberg** sie und stellte hierbei Defizite in der fachlichen Diskussion fest. **Dr. Baatz** verwies auf mangelnde rechtliche Möglichkeiten zur Hebung der ästhetischen Qualität in den DDR-Siedlungen.

Nach der Kaffeepause leitete Moderator **Prof. Voesgen** den zweiten Themenblock mit Bemerkungen über die Merkmale und Grenzen des in der DDR geprägten Wohnungsbaumodells ein, das den Bedürfnissen der Bewohner auch zu DDR-Zeiten nicht ganz entsprochen habe. Anschließend folgte der Beitrag von **Carsten Hagenau** (AG Stadtpuren der Potsdamer Wohnungswirtschaft), in dem dieser eingangs die hohen baulichen Aufwendungen in den Quartieren hervorhob und festhielt, dass der im Jahr 2000 noch zu beobachtende Leerstand praktisch abgebaut sei. Die hohe Fluktuation der Be-

wohner des Schlaatz – 75 % der Bewohner wohnten erst seit dem Jahr 2001 dort – sei jedoch ein Indiz für das tendenziell problematische soziale Gefüge. Daher bedürfe es in diesem Quartier v.a. des Ausbaus und des gesicherten Betriebs der sozialen Infrastruktur. Ziel müsse eine stärkere Beschäftigung vor Ort und der Abbau des hohen sozialen Konfliktpotentials sein, das nicht mehr allein durch Selbstregulation steuerbar sei. Dann hätten diese Quartiere auch weiterhin als Standorte des familiengerechten und sozialen Wohnens eine gesicherte Perspektive.

In seinem anschließenden Beitrag zu den Zukunftsqualitäten des Potsdamer Wohnungsbaus machte **Horst Müller-Zinsius** (GF Pro Potsdam) klar, dass Potsdam bereits jetzt zu wenig Wohnungen habe und dass sich dieser Mangel angesichts eines prognostizierten Wachstums von jährlich 1000 Einwohnern noch vergrößern werde. Der zukünftige Wohnungsbau werde besonders für junge Familien, für erwerbstätige Paare, für Senioren und für junge Alleinstehende notwendig. Da die Sanierung der Bestände nur begrenzt möglich sei und zu höheren Mieten führe, werde der subventionierte Wohnungsneubau wieder sehr wichtig. Eine wichtige Voraussetzung dafür, die Bereitstellung von preisgünstigem Bauland, sei im Bornstedter Feld durch die vorausschauende Bodenpolitik der Stadt grundsätzlich möglich. Ein solcher qualitätsvoller Wohnungsneubau müsse kosten- bzw. flächensparend sein und nicht zu speziell auf bestimmte Bedürfnisse ausgerichtet sein, sondern nutzungsneutral und anpassungsfähig bleiben. Pro Potsdam als neugeschaffener Zusammenschluss der städtischen Wohnungs- und Sanierungsunternehmen sei bereit und in der Lage, diesen Wohnungsneubau zu erstellen. Die Diskussion wurde eingeleitet durch **Dr. Scharfenberg**, der die soziale Orientierung des Wohnungsbaus hervorhob und einen Mangel an kleineren Wohnungen im Niedrigpreissegment konstatierte. Herr **Limberg** verlangte, dass auch für den preisgünstigen Wohnungsbaubästhetische Ansprüche gelten müssten. **Dr. Baatz** verwies darauf, dass die geforderten Umstrukturierungen in der Förderpolitik nur in kleinen Schritten leistbar seien. **Dr. Hartung** bemängelte die ästhetischen Defizite und forderte einen bewussteren Umgang mit dem Wohnungsbestand. **Dr. Pokorny** (Stadtverwaltung Potsdam) bekräftigte die Prognose von **Horst Müller-Zinsius**, hielt die Schätzung des Einwohnerwachstums für fast zu niedrig und hob hervor, dass dieses Wachstum eher aus einem Wanderungs- als aus einem Geburtengewinn resultiere. Auch er hielt einen Wohnungsneubau zur Bewältigung dieses Einwohnerzuwachses für notwendig. Frau **Ketzer** bemängelte, dass zu wenig innerstädtisches Bauland aktiviert werde und **Dr. Schlohm** betonte die Notwendigkeit, das Bornstedter Feld gezielt für Wohnungsneubau zu

Wohnungsbau in sozialer und baulicher Vielfalt – ein Markenzeichen Potsdams!

Zusammenfassung der Kerngruppe zur 26. Sitzung

nutzen. Er hielt ein gewisses Maß an sozialer Verdrängung in Potsdam aufgrund der unterschiedlichen Lagegunst auch zukünftig für unvermeidlich.

In seinem Schlusswort ging **Carsten Hagenau** auf die relativ gute Lage der Potsdamer Wohnungsunternehmen ein, die die Kraft hätten, die aufgezeigten Spielräume zu nutzen. Die Herausforderung, bestimmte Quartiere wie den Schlaatz als Toleranzschule zu entwickeln, sei noch gar nicht richtig angegangen. **Horst Müller-Zinsius** forderte, dass der zukünftige Potsdamer Wohnungsbau im Stadtgebiet von Potsdam und nicht in den Vororten sein müsse. Die Bestände von Pro Potsdam in den DDR-Quartieren seien durchaus behutsam und sozial verantwortungsvoll privatisiert worden. Die dort vorhandenen Flächenreserven seien nicht einfach zu aktivieren und nicht kostengünstig zu bebauen. Dennoch seien die Potsdamer Wohnungsbauprobleme relativ einfach lösbar. Moderator **Prof. Voegen** unterstrich dies in seinem Schlusswort und sah diese Herausforderungen als Aufgaben der Stadtgesellschaft an.

Dr. Günter Schlusche

Die Analysen und Prognosen des Wohnungsmarkts und der Einwohnerentwicklung zeigen übereinstimmend: Potsdam ist als Wohnungsstandort attraktiv, die Leerstände in den bestehenden Wohnquartieren gehören der Vergangenheit an, die Nachfrage steigt und eine Einwohnerzunahme steht für die nächsten Jahre bevor.

Potsdam hat sich bereits in der Vergangenheit dieser Aufgabe gestellt – mit Engagement und mit vorzeigbaren Ergebnissen! Das belegt die Zwischenbilanz der Aktivitäten zur baulichen Modernisierung und zur sozialen Qualifizierung der Quartiere des DDR-Wohnungsbaus v.a. in Babelsberg. Der Bericht von **Dr. Baatz** (Stadtkontor) macht aber auch klar, daß weitere Aufgaben für diese Gebiete noch bevorstehen z. B. die Sicherung der Sozialeinrichtungen v.a. der Schulen und die Stärkung der lokalen Ökonomie, auch weil die Menschen sich heute viel länger in ihrem Wohngebiet aufhalten als planerisch vorgesehen. Der Blick auf den Reformsiedlungsbau der 20er und 30er Jahre zeigt, dass Potsdam über eine Reihe von guten und gestalterisch gelungenen Quartiere verfügt, deren Qualitäten auch heute Bestand haben.

Die Experten der Wohnungswirtschaft wie **Horst Müller-Zinsius** und **Carsten Hagenau** haben beim STADT FORUM POTSDAM übereinstimmend daraus den Schluß gezogen, dass die Stadt sich zukünftig verstärkt dem Wohnungsneubau, der Baulandaktivierung, der Qualifizierung des Wohnungsbestands für neue Einwohner und dem Wohnungsneubau v.a. im unteren Preissegment zuwenden muß. Womöglich braucht Potsdam auch wieder öffentlich subventionierten Wohnungsneubau. Mit derartigen Angeboten lässt sich die bestehende soziale Mischung in Potsdams Quartieren erhalten. Die Stadt muß zukünftig günstiges Bauland bereitstellen und sie braucht neue Konzepte des kosten- und flächensparenden Bauens - auch im Bornstedter Feld. Und in Gebieten wie dem Schlaatz muß nach der baulichen Struktur auch die entsprechende soziale Ausstattung gesichert und auf die neuen Bedarfe ausgerichtet werden. Nur so werden soziale Toleranz und Vielfalt gewahrt und bleiben auch zukünftig ein Markenzeichen Potsdams!

Für die Kerngruppe
Dr. Günter Schlusche



Diskussion am 22.6.2006 mit (v.l.n.r.) Udo Müller, Karin Juhasz und Prof. Bernd Steigerwald



Das Podium am 22.6.2006 mit (v.l.n.r.) Dr. Günter Schlusche, Dr. Reiner Pokorny, Dr. Elke von Kuick-Frenz, Prof. Dr. Voegen und Jörg Limberg



Horst Müller-Zinsius, Carsten Hagenau und Prof. Dr. Hermann Voegen diskutieren am 22.6.2006 (v.r.n.l.)

27. Sitzung des STADT FORUMS POTSDAM am 30.11.2006

Thema „Mitte für die Stadt“



Leitgedanken der Kerngruppe

Potsdams historische Mitte wird eine überzeugende architektonische Ausdrucksform nur im Kontext zum historischen Stadtraum, mit dem durch Rhythmus und Proportionen prägenden städtebaulichen Beziehungsgeflecht in einer den großen Baumeistern der Vergangenheit adäquaten Harmonie von Funktion und Gestalt finden. Die überlieferte Qualität muss dabei maßstabbildend sein. Diese Qualität wird sich manchen Bürgern erst durch eine Sensibilisierung für den einzigartigen Charakter und das Besondere des für die Identität der Stadt so bedeutsamen Ortes erschließen. Dieses Bewusstsein ist bis heute durch Kriegszerstörungen, Abrisse und bauliche Veränderungen getrübt worden

Die Anstrengungen der DDR-Gesellschaft, die vor allem der Befriedigung von „massenhaft“ auftretenden Bedürfnissen nach Arbeit, Wohnraum, Bildung und Kultur gegolten hatten, haben dennoch manches Ensemble entstehen lassen, welches das Gesicht der Stadt auch künftig mitbestimmen kann. Aus heutiger Sicht sind jedoch v.a. die in Potsdams Mitte verursachten städtebaulichen Wunden zu heilen. An der Suche nach geeigneten Wegen wollen Bürger auch aus der Verantwortung für Fehlentwicklungen vergangener Zeit beteiligt sein.

Obleich die Planung aus der Entwicklung und Situation einer Stadt entwickelt werden muss, die am Anfang des 21. Jahrhunderts steht, kann eine prägende Bebauung dieses Ortes nicht allein wirtschaftlich determiniert sein. Sie muss eine der Qualität des historischen Baus adäquate politische, gesellschaftliche und kulturelle Bedeutung für die Hauptstadt des Landes reflektieren. Wenn Stadtplanung nicht dem Diktat des Geldes folgen soll und wenn sich die Stadt nicht zuerst nach Verwertungsbedingungen entwickeln soll, muss die Stadt hier der eigentliche Bauherr sein und dabei die Unterstützung des Landes haben.

Es sollte für den städtebaulichen Charakter und die architektonischen Ausdrucksformen maßgeblich sein, die Mitte als Höhepunkt der Stadt zu entwickeln, in der sich Typik und Permanenz gleichermaßen widerspiegeln. Die Potsdamer Stadtmitte - das historische Zentrum der Stadt - war seit dem 17. Jahrhundert nicht so sehr merkantiler, sondern administrativer Mittelpunkt der Residenzstadt. Die „Mitte“ wiederzugewinnen, bedeutet zugleich auch, die Identität der Stadtmitte neu zu bestimmen und eine angemessene Lösung dafür nicht nur in der Vergangenheit zu suchen. Sie soll den Menschen ein einladender Ort des öffentlichen Lebens, aber auch des Wohnens und der Arbeit sein. Hier einen neuen Landtag

in Um- und Aufriss des den Stadtraum einst definierenden Stadtschlusses zu errichten, wird in überzeugender Weise nur unter Einbeziehung von vorhandenen Fundamenten und Fragmenten in einer Synthese von Altem und Neuem möglich sein.

Nachhaltigkeit ist zu fördern, indem durchaus erhaltenswerter Bestand aus der jüngeren Vergangenheit mit vielfältigen Möglichkeiten für eine zeitgemäße, funktionale und gestalterische Aufwertung entwickelt wird. In Anbetracht der historischen Bedeutung und der durch Gegenwärtiges nicht zu ersetzenden Urbanität der „verlorenen“ Stadt ist jedoch eine auf Balance bedachte, schrittweise Reorganisation des für die spätere Stadtgestalt bestimmenden, differenzierten Raumgefüges am Alten Markt eine unabdingbare Voraussetzung dafür. Ebenso wird auch die Lebensqualität der angrenzenden Wohngebiete zu sichern und zu verbessern sein.

Untersuchungen machen deutlich, dass es für den Verkehr im Bereich der südlichen Innenstadt keine ideale Lösung gibt. Die Gewährleistung einer hohen Aufenthaltsqualität ist als wichtigstes Ziel für die Verkehrserschließung der Potsdamer Mitte anzusehen. Das neu entstehende Straßennetz muss die Erschließung der Grundstücke ermöglichen, ohne dass für den gebietsfremden Kfz-Verkehr Verbindungen entstehen, die unerwünschten „Schleichverkehr“ erzeugen würden. Es müssen alle Maßnahmen ergriffen werden, um die Belastung durch motorisierten Individualverkehr in der Potsdamer Innenstadt zu verringern. Die Lösungen dürfen nach Beschlusslage der Stadtverordnetenversammlung nicht zu Lasten anderer Innenstadtgebiete gehen.

Es ist notwendig, immer wieder über Sinn und Zweck einer neuen „alten“ Mitte nachzudenken. Es gilt, zwischen Brandenburger Straße und Hauptbahnhof eine Entwicklung einzuleiten, die die Brache nicht größer werden lässt, sondern mit dem Landtagsneubau wieder zum städtebaulichen Höhepunkt der Stadt führt. Nur dann wird die Landeshauptstadt hier ihrer überregionalen Bedeutung gerecht.

Um verlorene Identität zurückzugewinnen, reicht es nicht aus, nur auf alte Grundrisse oder alte Bilder zu bauen. Eine Identität ist bei der Aufarbeitung von Geschichte auch aus der Kultur des Umgangs miteinander zu gewinnen. Mit der Vision, durch den neuen Landtag auf dem Stadtschlussesareal einen Ort der Demokratie und durch den Wiederaufbau des Garnisonkirchturms mit dem Nagelkreuz einen Ort des Friedens zu schaffen, hat sich die politische Kultur in der Stadt weiter entwickelt. Deshalb muss

die Einbeziehung Potsdamer Bürger bei der weiteren Entwicklung im Herzen der Landeshauptstadt ein zentrales Ziel der Stadt- und Landespolitik sein.

Am 20.5.2005 hat der Landtag des Landes Brandenburg sich für den Neubau eines Parlamentsgebäudes auf dem Standort des ehemaligen Stadtschlusses am Alten Markt entschieden. Danach sollte der Neubau in der Kubatur des kriegszerstörten, 1960/61 abgerissenen Stadtschlusses und mit der historischen Fassade von Knobelsdorff sowie unter Einbeziehung von Spendern und Sponsoren errichtet werden. Angesichts der weitreichenden Bedeutung dieses Vorhabens für die Stadtentwicklung Potsdams war es für alle Beteiligten klar, dass die Umsetzung dieses Beschlusses bis zum Zieldatum 2011 nur im abgestimmten Zusammenwirken aller Akteure von Stadt und Land sowie unter Einhaltung gemeinsam erarbeiteter Rahmenbedingungen möglich sein würde.

Zu den Aufgaben der Stadt und des von ihr für das Gebiet des Alten Marktes eingesetzten Sanierungsträgers gehören hierbei die Klärung der stadtplanerischen und städtebaulichen Strukturen des Umfelds, die verkehrlichen Planungs- und Baumaßnahmen, die Schaffung des Planungsrechts sowie die Freimachung des Baugeländes. Ende 2005/Anfang 2006 wurde dafür ein städtebauliches Gutachterverfahren durchgeführt, dessen Ergebnisse in einem Rahmenplan zusammengetragen wurden. Die Obergutachter haben im März 2006 zur städtebaulichen Struktur u.a. empfohlen, den Landtagsneubau in der Kubatur des Stadtschlusses zu errichten, die alte Platzstruktur im Umfeld des Landtagsneubaus wiederherzustellen und die Blöcke beiderseits der Friedrich-Ebert-Str neu zu bauen, so daß das Gebäude der Fachhochschule abgerissen würde und nur der Bau der Bibliothek erhalten bliebe. Östlich des Landtagsneubaus wird eine kammartige Baustruktur mit Wohn- und Hotelnutzung vorgeschlagen, die zum Alten Markt eine geschlossene Blockkante haben soll.

Der Landtag als Nutzer und das Finanzministerium des Landes Brandenburg als Bauherr haben für den Landtagsneubau im Jahr 2005 ein Raumprogramm aufgestellt, das den dafür benötigten Flächenbedarf feststellt. Auf Basis dieses Raumprogramms hat das Finanzministerium Ende 2005 eine Machbarkeitsstudie bei dem Büro Waechter + Waechter in Auftrag gegeben. Diese Machbarkeitsstudie erbringt den Nachweis, daß die für den Landtag benötigten Flächen in einem der Kubatur des Stadtschlusses entsprechenden Neubau untergebracht werden können, wenn folgende Bedingungen gelten:

- Der Plenarsaal wird im viergeschossigen Südflügel und die Büroflächen für die Abgeordneten und die Landtagsverwaltung werden in jeweils fünfgeschossigen West- und Ostflügeln nachgewiesen und auf eine Gebäudehöhe mit ahistorischem Flachdach gebracht.
- Im 1. Untergeschoß werden die Bodenfunde des Vorgänger-Schlossbaus und die mittelalterlichen Hausbefunde präsentiert.
- Der Innenhof des Neubaus wird nicht überbaut, erhält aber in der Nordhälfte im 1. Untergeschoß eine Tiefgarage.
- Der Nordflügel mit den beiden Kopfbauten kann unter Einbeziehung des bereits errichteten Fortunaportals in historischer Form auf einer Betonplatte mit darunter liegender Tiefgarage rekonstruiert werden.

Da das Land sich nicht in der Lage sieht, den Neubau des Landtags mit einem geschätzten Bauvolumen von 85 Mio € (Gesamtvolumen aller Maßnahmen: 120 Mio €) aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren, wurde entschieden, das Vorhaben mit privaten Finanzmitteln im Rahmen einer Public-Private-Partnership zu realisieren. Im Frühjahr 2006 hat das Finanzministerium unter striktem Ausschluß der Öffentlichkeit ein europaweites Vergabeverfahren für Investoren ausgeschrieben, die auf Basis dieser Ergebnisse einen Entwurf, eine Kostenschätzung und ein Betreiberkonzept vorlegen sollen. Von den 11 eingegangenen Angeboten wurden 6 Bewerber ausgewählt, zwischen denen bis Frühjahr 2007 eine definitive Auswahl getroffen werden soll. Dieses Verfahren wurde von mehreren Seiten, u.a. von der Brandenburgischen Architektenkammer scharf kritisiert, u.a. weil es die bei einem so anspruchsvollen Vorhaben notwendige architektonische Qualität nicht hinreichend berücksichtige.

Die Stadtverordnetenversammlung hat für das Gebiet des Alten Markts die Aufstellung eines Bebauungsplans beschlossen, dessen für den Neubau des Landtags verbindliche Festsetzungen zur Zeit in wesentlichen Punkten strittig sind. Eine Reihe von Stadtverordneten sehen den Bebauungsplan als wesentliches Mittel zur Erreichung des Ziels „Wiederaufbau gemäß dem historischen Vorbild“ an, sie verlangen verbindliche Vorschriften zur Wahrung von Rhythmus und Proportionen des ehemaligen Schloss-Baukörpers. Vom Finanzministerium hingegen werden insbesondere Festsetzungen zur vorgesehenen Trauf-, Dach- bzw. Gebäudehöhe des Neubaus und zur verbindlichen Vorgabe der historischen Konturen des Stadtschlusses kritisiert, da sie die Einhaltung des Kostenrahmens gefährden und den „Spielraum“ für den vorgesehenen Investor zu sehr einengen würden.

Nachdem die Beschlußfassung über die öffentliche Auslegung des Bebauungsplans in der Stadtverordnetenversammlung am 1.11. und am 14.11.2006 u.a. wegen dieses Konflikts zweimal gescheitert ist, steht der Prozess der Realisierung derzeit an einem kritischen Punkt. Allen Beteiligten sollte klar sein, dass das für die zukünftige Entwicklung der Potsdamer Mitte fundamentale Vorhaben des Landtagsneubaus nicht gefährdet werden darf, dass jedoch die gestalterischen Prämissen grundsätzlich berücksichtigt werden müssen und dass im weiteren Verfahren ein Mindestmaß an öffentlicher Transparenz zu gewährleisten ist. In diesem Sinne kommt den Beratungen der nächsten Zeit ein großes Gewicht zu, denn die Chancen für eine sachgerechte Lösung sind nach wie vor groß und ein Rückgriff auf die von keinem ernsthaft gewollte Alternative „Ausbau des jetzigen Landtags-Standorts auf dem Brauhausberg“ sollte unter allen Umständen vermieden werden.

Bernhard Wendel
Dr. Günter Schlusche



Die Diskussionsteilnehmer des STADT FORUMS POTSDAM zum Thema „Wohnungsbau der Moderne“ am 22.6.2006

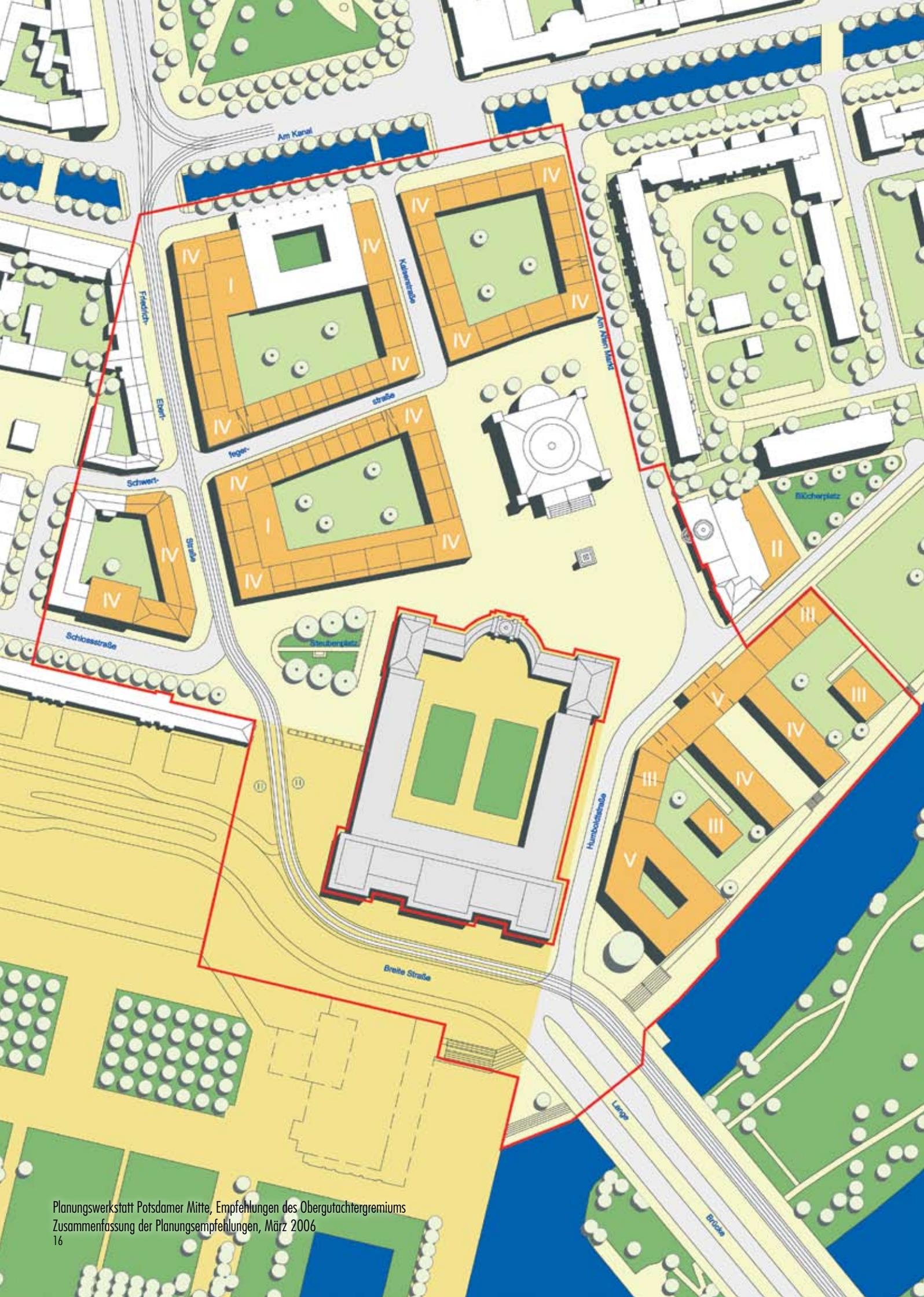


Jörg Limberg während seines Vortrags am 22.6.2006 mit Dr. Rainer Baatz (rechts)



Oben: Blick von Osten auf den Campus der Fachhochschule Potsdam an der Pappelallee und auf die neuen Wohnbauten im Bornstedter Feld, Juni 2006
Unten: Blick von Nordosten auf die zu Wohnbauten umgenutzten ehemaligen Kasernenbauten an der Kirschallee, Mai 2006





Protokoll der 27. Sitzung

Thema: Mitte für die Stadt

Datum: Donnerstag, 30.11.2006, 18 bis 22 Uhr

Ort: Altes Rathaus am Alten Markt, Potsdam



Moderator **Prof. Dr. Hermann Voesgen** begrüßte die ca. 170 Anwesenden mit der Feststellung, dass es zur Zeit in Potsdam „etwas zu entscheiden gebe“ und dass bürgerschaftliches Engagement daher jetzt besonders wichtig sei. Dann übergab er das Wort an **Dr. Günter Schlusche**, der für die Kerngruppe die Leitgedanken zum Thema des heutigen Abends vortrug. Daran skizzierte dieser die Qualitätsansprüche an die Entwicklung der Potsdamer Mitte, die vor dem Hintergrund der fünf Jahrhunderte zurückreichenden Entwicklung unverzichtbar seien. Die seit dem Beschluss von 2005 zum Bau des neuen Landtagsgebäudes eingeleiteten Schritte von Stadt und Land seien in enger Abstimmung erfolgt und planerisch sinnvoll gewesen. Die Entscheidung des Landes für ein Investorenauswahlverfahren auf privater Finanzierungsbasis habe jedoch eine Reihe von Fragen aufgeworfen. Durch die Ablehnung des für das Vorhaben erforderlichen Bebauungsplans sei eine kritische Situation entstanden, die nur durch Transparenz und sachliche Gespräche wieder bereinigt werden könne.

Dieter Lehmann (Stadtverwaltung Potsdam) stellte in seinem Beitrag zu den kommunalen Handlungsmöglichkeiten bei der Entwicklung der Potsdamer Mitte den langjährigen planerischen Vorlauf dar. Er erwähnte insbesondere die StVV-Beschlüsse zur Potsdamer Mitte sowie die Festlegung des Bereichs um den Alten Markt als Sanierungsgebiet und den daraus resultierenden finanziellen Rahmen. Wesentlich seien die Ergebnisse der Planungswerkstatt zur Potsdamer Mitte vom März 2006. Das zentrale Steuerungsinstrument der Stadt sei der nun zur Entscheidung anstehende Bebauungsplan. Lehmann warnte allerdings davor, mit dem Bebauungsplan gestalterische Ansprüche festlegen zu wollen.

Es folgte der Beitrag von **Michael Brüer** (Architekt/Rostock und Obergutachter), in dem er sich auf seine Mitwirkung bei der Planungswerkstatt zur Potsdamer Mitte bezog. Dieses Verfahren habe wichtige Ergebnisse gebracht, die Entscheidung für ein öffentlich-privates Partnerschaftsprojekt zur Investorensuche (ÖPP-Verfahren) beim Landtagsbau sei hingegen „ein Webfehler“. Die Bauaufgabe des Landtagsneubaus an dieser Stelle sei eine „ganz neuartige Bauaufgabe“ und „eine große Chance für die Potsdamer Mitte“, für deren Umsetzung man den öffentlichen Dialog forcieren müsse, auch mit Hilfe eines Mediators. **Brüer** bezog sich auf seine Mitwirkung beim Bericht des Bundesbauministeriums zur Baukultur, als er die Einlösung baukultureller Ansprüche für die weitere Entwicklung der Potsdamer Mitte forderte und das STADT FORUM POTSDAM als Beispiel hierfür nannte.

Prof. Dr. Jürg Sulzer (Stadtplaner/Dresden und Obergutachter) griff dies auf, indem er bei dieser „Wahnsinnsaufgabe“ die Notwendigkeit eines konsensualen Vorgehens betonte. Ziel müsse ein öffentlicher Diskurs über die Entwicklung der Potsdamer Mitte sein, bei dem die „Demokratie als Bauherr“ auftrete. Diese Bauaufgabe sei eine Operation am offenen Herzen, mit der Potsdam „europäische Baugeschichte schreibe“, aber auch „Baukultur vom Allerfeinsten“ zu liefern habe. Ein Streit um formale Festsetzungen und juristische Instrumente sei bei dieser stadtbaukünstlerischen Herausforderung nicht angemessen. Die hier tätigen Investoren müssten den Nachweis höchster Qualität in Planung und Umsetzung liefern, denn nur dann könne das Gemeinwesen als Ganzes gewinnen.

Anschließend hielt **Christian Wendland** (Architekt/Potsdam) seinen Vortrag zur städtebaulichen Bedeutung des Landtagsneubaus, indem er die Grundzüge für die städtebauliche Komposition der Stadtmitte Potsdams erläuterte, die auch für den nun zu errichtenden Neubau gültig seien. Mit einem kritischen Hinweis auf die Machbarkeitsstudie des Büros Waechter & Waechter machte er klar, dass diese Ansprüche mit einem modernen Funktionsbau nicht einzulösen seien. Statt des favorisierten ÖPP-Verfahrens plädierte **Wendland** für einen zweistufigen Architekturwettbewerb auf Basis des Landtagsbeschlusses.

Die anschließende Diskussion wurde eröffnet durch **Wolfram Meyerhöfer** (Beirat Potsdamer Mitte) der auf die bevorstehende Bürgerabstimmung hinwies und forderte, dass neben dem Wie und Wo auch das Ob einer Bebauung hierbei zur Wahl stehen müsse. **Saskia Hüneke** wies auf die vielfältigen kommunalen Aktivitäten zur Stadtmitte hin und erwähnte den Beirat Potsdamer Mitte, das STADT FORUM POTSDAM und die Ausstellungen der letzten Jahre. Minister **Rainer Speer** (Finanzminister des Landes Brandenburg) machte klar, dass die Qualität auch für das Land der oberste Maßstab sei, der allerdings nicht nur durch eine Architektur nach dem Vorbild Knobelsdorffs garantiert werde. Das ÖPP-Verfahren sei das richtige Verfahren, um eine optimale Kombination von Qualität und Wirtschaftlichkeit zu sichern. Die nun ausgewählten sechs Konsortien würden ihre Entwürfe unter Beteiligung von internationalen Architekten erarbeiten, die von einem Gremium vorrangig nach ihrer Qualität beurteilt würden. **Eberhard Kapuste** (StVV Potsdam) forderte die Beteiligten dazu auf, das Verfahren zu öffnen und der Einbeziehung von Externen mehr Gewicht zu geben. Michael Brüer wies auf das gute Image hin, das die Stadt erworben habe, machte aber deutlich, dass das

ÖPP-Verfahren mit seinen Beschränkungen einen „Hautgout“ habe und tendenziell auch schädlich für dieses Image sein könne. **Prof. Dr. Jürg Sulzer** merkte zur bevorstehenden Bürgerbefragung an, dass zuviel Öffnung auch ins Gegenteil kippen könne. **Andreas Kitschke** bezweifelte, dass moderne Architektur in der Lage sei, hier Identität zu stiften und fragte nach dem zukünftigen Einfluß der Bürgerschaft. Auch **Conrad Jackisch** (Kulturverein Chamäleon) forderte, die Einbindung der Bürger in den Mittelpunkt des weiteren Verfahrens zu stellen.

OB **Jann Jakobs** dankte **Dieter Lehmann** für seinen informativen Beitrag und unterstrich nochmals die vielfältigen kommunalen Aktivitäten der letzten Jahre. In der momentanen Situation hätten sich diejenigen, die schon immer gegen eine Bebauung gewesen seien, mit denn zusammengetan, denen die bereits getroffenen Festlegungen nicht weit genug gehen würden. In dem nun festgelegten Verfahren, bei dem der Landtag die letzte Entscheidung habe, sei es nicht sinnvoll, den beteiligten Architekten mangelndes Qualitätsbewußtsein zu unterstellen. Der Glaube an die Qualität der historisierenden Architektur sei kein Allheilmittel, wie **Uwe Preißler** deutlich machte, denn auch moderne Architektur sei zur Identitätsbildung in der Lage. **Ralf Jaekel** (StVV Potsdam) rechtfertigte das Votum der Linkspartei-/PDS-Fraktion für eine Bürgerbefragung mit den daraus resultierenden Verkehrsproblemen und den für die Stadt entstehenden Finanzlasten. Während **Wolfram Meyerhöfer** und **Petra Ketzer** Zweifel an dem vorgesehenen Verfahren anmeldeten, sprach sich **Saskia Hüneke** eindringlich gegen eine Konfrontation von moderner Architektur und dem historischen Original von Knobelsdorff aus. Für sie liege der Kompromiß in der Übernahme der Proportionen des historischen Baukörpers, aber nicht in der kompletten Fassadenrekonstruktion. **Dieter Lehmann** hob das Sanierungsziel der Wiederherstellung des Stadtgrundrisses hervor und sprach sich ebenso wie **Michael Brüer** für aussagekräftige Bilder zu diesem Projekt aus. **Prof. Jürg Sulzer** wies auf die Transparenz des bisherigen Planungsprozesses hin, die auch den Investoren des nun eingeleiteten verfahrens abzuverlangen sei.

Nach der Kaffeepause begann Moderator **Prof. Voesgen** die zweite Sitzungshälfte mit einem Zwischenresumee, in dem er eine Patt-Situation sowie ein Misstrauen konstatierte, das beseitigt werden müsse. Dann übergab er das Wort an den Präsidenten des Landtags Brandenburg, **Gunter**

Fritsch, für dessen Beitrag. Darin würdigte dieser den Landtagsbeschluss für den Neubau am Alten Markt von 2005 als einen „Durchbruch“, der aus Sicht des gesamten Bundeslandes eine solidarische Leistung sei. Fritsch äußerte Verständnis für die Einwände gegen das Verfahren, machte aber deutlich, dass der Landtag sich für einen Wettbewerb unter dem Gesichtspunkt der Funktionalität und der Wirtschaftlichkeit entschieden habe. Gefordert sei „ein Plenar, aber kein Marmorsaal“ **Fritsch** sprach sich gegen die erneute Prüfung anderer Standorte aus und forderte eine eindeutige Entscheidung für den Bebauungsplan. Der Landtag müsse funktional untergebracht werden, zugleich müsse mit dem Projekt ein guter Beitrag zur Wiederherstellung der Potsdamer Mitte geleistet werden.

Anschließend folgte Minister **Rainer Speer** (Finanzminister des Landes Brandenburg) mit seinem Beitrag, in dem er die Diskussion der letzten Jahre zusammenfasste und das Jahr 2011 als Zieljahr für den Umzug in das neue Gebäude nannte. Die Machbarkeitsstudie, die der Versuch der Erzeugung von Bildern des zukünftigen Baus gewesen sei, sei im Hinblick auf die Rekonstruktion des historischen Baus zum Alten Markt hin über den Landtagsbeschluss hinaus gegangen. Speer zeigte sich überrascht über den erst jetzt aufgebrochenen Streit und hielt für dessen Bereinigung die Einbeziehung der PDS für unumgänglich. Er plädierte für die Fortführung des Verfahrens unter Einbeziehung der Ergebnisse der Bürgerbefragung und äußerte sich zuversichtlich, Anfang 2007 zu einer Mehrheitsentscheidung zu kommen.

Erich Jesse (GF Sanierungsträger Potsdam) eröffnete die Diskussion mit einer Bilanz der Vorarbeiten des Sanierungsträgers, zu denen auch die Steuerung von Investitionen im Bereich des Alten Markts bzw. des Stadtschloß-Grundstücks in Höhe von ca. 30 Mio € gehöre, und kritisierte die von der PDS geführte Diskussion als „verlogen“. **Dr. Elke von Kuick-Frenz** (Beigeordnete für Stadtentwicklung) verteidigte das ÖPP-Verfahren, auch unter dem Gesichtspunkt der baulich-architektonischen Qualität, und hielt einen reinen Architekturwettbewerb gerade unter diesem Aspekt nicht für sinnvoll. Während **Wolfram Meyerhöfer** die bisherigen Investitionen verteidigte, zeigte sich **Saskia Hüneke** besorgt über die mangelnde Transparenz des bisherigen Verfahrens und plädierte für einen engeren Wettbewerb. Herr **Reichenbach** regte eine Denkpause an und auch **Andreas Goetzmann** (Stadtverwaltung Potsdam) plädierte für einen vertrauensbildenden Zwischenschritt.

Minister **Speer** warnte angesichts des derzeitigen Stands vor einem Zwischenschritt, der einer Verfahrensaufhebung gleichkäme und damit einen Vertrauensverlust hervorrufen würde. Ein Wettbewerb würde den jetzt bestehenden Streit auch nicht lösen. **Speer** wiederholte sein Plädoyer für eine Einbindung der PDS, die derzeit eine Schlüsselstellung innehat. Herr **Braun** äußerte angesichts der in den letzten Jahren in Potsdam realisierten Neubau-Architektur sein Unbehagen und sprach sich für die Wiederherstellung der alten Substanz aus. Landtagspräsident **Fritsch** machte klar, dass der Landtag nicht für einen moderne Zweckbau votiert habe, dass jedoch der originalgetreue Nachbau des Schlosses bei einer Nutzung als heutiger Landtagsbau nicht funktioniere.

OB **Jann Jakobs** schilderte in seinem Schlußwort die schwierige Situation, in der sich die Stadt derzeit befinde, und wies auf die Risiken einer Bürgerbefragung hin. Eigentlich sei der Landtag der Herr des Verfahrens, der sich jedoch geweigert habe, dieses Verfahren an sich zu ziehen. Trotz der Gefahr einer Überforderung der Bürger hielt **Jakobs** die Bürgerbefragung für notwendig, denn nur nach einer solchen Befragung käme eine große Mehrheit zum Bebauungsplan in der Stadtverordneterversammlung zustande. Er bat die Beteiligten um Verständnis für die schwierige Entscheidung, die die Stadt zu treffen habe und machte deutlich, dass der Wille der Bürger für ihn leitendes Kriterium sei.

Damit beendete Moderator **Prof. Voegen** die Veranstaltung und dankte allen Beteiligten für die insgesamt fair verlaufene Diskussion.



Das Podium mit (v.r.n.l.) Landtagspräsident Gunter Fritsch, Minister Rainer Speer und Prof. Dr. Voegen am 30.11.2006

Demokratie als Bauherr verlangt höchste baukulturelle Qualität - Die Realisierungsschritte zum Landtagsneubau sorgfältig prüfen!

Zusammenfassung der Kerngruppe zur 27. Sitzung des STADT FORUMS POTSDAM

Das Projekt des Landtagsneubaus befindet sich nach der zweimaligen Ablehnung des entsprechenden Bebauungsplans durch die Stadtverordnetenversammlung zweifellos in einer schwierigen Lage. Es besteht die Gefahr, dass der dazu bereits erzielte, durch Beschlüsse und Investitionen belegte Grundkonsens wieder in Frage gestellt wird und dass damit eine besondere Chance unwiderruflich vertan wird.

Die Stellungnahmen der externen Fachleute **Prof. Dr. Sulzer** und **Dipl. Ing. Brüer** haben jedoch gezeigt: Der Bau eines Hauses der Demokratie an einem Ort des Absolutismus ist für Potsdam eine Her-

ausforderung europäischen Ranges, die besonderer Anstrengungen bedarf! Die Stadt hat bei den bisherigen Planungen für diesen bedeutenden Ort bereits große Vorleistungen erbracht und die richtigen Schritte eingeleitet. Es bleiben jedoch Zweifel, ob das vom Finanzministerium gewählte Verfahren der öffentlich-privaten Partnerschaft in dieser Phase zur höchstmöglichen Qualität führt. Im Sinne einer breiten Meinungsbildung empfiehlt es sich, die möglichen baulichen Qualitäten eines Landtagsneubaus durch eingängige Bilder zu verdeutlichen. Dafür könnte ein Zwischenschritt in Form eines Gestaltungsverfahrens nützlich sein. Eine Bürgerbefragung, die eine faktisch nicht ge-

gebene Offenheit beim Standort suggeriert und die bei ungenügender Vorbereitung zu vorschneller Meinungsbildung verleitet, bleibt ein riskantes Unterfangen.

Angesichts der unklaren Informations- und Entscheidungslage sollten alle Verfahrensbeteiligten den Mut zur Herstellung von Transparenz und zu weiteren vertrauensbildenden Maßnahmen haben. Die langfristige Bedeutung des Landtagsneubaus für die weitere Stadtentwicklung, auch im Hinblick auf weitere private Folgeinvestitionen zur Belebung der alten Mitte, lohnt ein erneutes Nachdenken und eine genaue Abwägung der Schritte, die für die Erreichung höchstmöglicher Qualität an dieser so wichtigen Stelle der Stadt am besten geeignet sind.

Dr. Günter Schlusche
für die Kerngruppe



Prof. Dr. Jürg Sulzer während seines Beitrags am 30.11.2006



Saskia Hüneke diskutiert zum Thema Landtagsneubau am 30.11.2006



Die Teilnehmer folgen der Diskussion zum Thema Landtagsneubau am 30.11.2006.



Die Teilnehmer der Debatte zum Landtagsneubau am Alten Markt am 30.11.2006

Teilnehmer an den Sitzungen des STADT FORUM POTSDAM im Jahr 2006

„Bank“ der Architekten

Dieter Ahting
Stefan Brehme
Dr. Christina Emmerich-Focke
Prof. Dr. Holger Kühnel
Udo Müller
Günter Vandenhertz
Christian Wendland
Dr. Helmut Will
Prof. Karl-Heinz Winkens

„Bank“ der Stadt-, Landschafts- und Verkehrsplaner

Johannes Grothaus
Hajo Kölling
Klaus Modrach
Steffen Pfrogner
Barbara Schwabe
Prof. Dr. Herbert Staadt

„Bank“ der Vertreter der Kultur

Prof. Dr. Harmut Dorgerloh
Albrecht Ecke
Uwe-Erik Laufenberg
Dr. Wilhelm Neufeldt
Bernd Redlich
Ute Samtleben
Gert Streidt
Hannes Wittenberg
Michael Wegener
Jochim Sedemund

„Bank“ Hochschule und Wissenschaft

Prof. Dr. Helene Kleine
Dr. Jörg Lauterjung
Prof. Dr. Wolfgang Loschelder
Dr. Volker Pohl
Prof. Bernd Steigerwald

„Bank“ Jugend, Soziales und Kirche

Kay-Patrick Bockholt
Peter Leinemann
Friedrich-Wilhelm Pape
Ingo Pehla
Gregor Schliepe
Martin Vogel
Dr. Carola Wolf

„Bank“ Politik

Gunter Fritsch
Jann Jakobs
Eberhard Kapuste
Rolf Kutzmutz
Peter Lehmann
Dr. Brigitte Lotz
Dr. Manfred Menning
Ute Bankert
Dietmar Reichelt

Dr. Hans Jürgen Scharfenberg
Dr. Herbert Schlomm
Dr. Christian Seidel

„Bank“ der Vertreter von Wirtschaft und Arbeit

Dr. Rainer Baatz
Wolfgang Cornelius
Dietrich Garski
Wolfram Gay
Erich Jesse
Bettina Kuberka
Horst Müller-Zinsius
Dr. Volker Punzel
Jochen Sandner
Dr. Rüdiger Suppé
Klaas Vollbrecht

Vertreter von Verbänden, Vereinen und Initiativen

Norbert Blumert
Dr. Peter Daniel
Dr. Wolfgang Eisert
Albrecht Gülzow
Carsten Hagenow
Saskia Hüneke
Dagmar Tille
Beate Wehlke
Markus Wilhelmy

„Bank“ der Verwaltung

Hiltrud Bernd
Peter Böhme
Jörg Bindheim
Andreas Goetzmann
Andreas Kalesse
Dr. Elke von Kuick-Frenz
Dieter Lehmann
Dr. Reiner Pokorny
Antje Solmsdorff
Rita Wernicke

Anmerkung

Die meisten der auf den Sitzungen des STADT FORUMS POTSDAM gehaltenen Referate liegen in Schriftform vor. Sie konnten jedoch aus Platzgründen nicht in diese vorliegende Dokumentation aufgenommen werden. Der Text der Referate kann - soweit vorhanden - bei der Geschäftsstelle des STADT FORUMS POTSDAM (Adresse s. Impressum) angefordert werden.

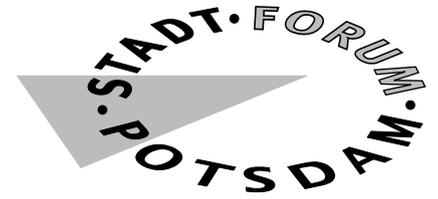


Das Podium der Diskussion am 30.11.2006 mit (v.r.n.l.) Michael Brüuer, Prof. Dr. Hermann Voessen, Dieter Lehmann, und Dr. Günter Schlusche



Oberbürgermeister Jakobs während eines Diskussionsbeitrags am 30.11.2006.

STADT FORUM POTSDAM - Ziele und Merkmale



Potsdam steht im Umbruch. Wichtige Entscheidungen für die Stadtentwicklung sind getroffen - die Vielzahl der von öffentlicher wie privater Seite realisierten Maßnahmen, die eingeleiteten Bauprojekte, Planungen und das damit in der Stadt investierte Finanzvolumen sind ein beeindruckenden Beleg dafür. Die Wiederherstellung der Potsdamer Kulturlandschaft, die Sanierung der Altstadt Potsdams und Babelsbergs sind auf guten Wege und tragen massgeblich dazu bei, dass Potsdam seine Reputation als kulturelles Zentrum wiedergewinnt. Zugleich ist Potsdam im Begriff, sich mit den restrukturierten Hochschulen und den zahlreichen inner- und außeruniversitären Forschungseinrichtungen ein zukunftsweisendes Profil als Wissenschafts- und Dienstleistungsstadt zu verschaffen.

Trotzdem gibt es auch in Potsdam Schwierigkeiten bei der Fortführung dieser Prozesse: Die Reibung zwischen den traditionellen und modernen Stadtbau-Positionen, der nicht einfache Umgang mit dem Status wichtiger Elemente Potsdams als Weltkulturerbe, die konfliktreiche Entwicklung zur Dienstleistungsstadt, die Divergenzen zwischen dem historischen und dem gegenwärtigen Wohnort Potsdam, der Anspruch, als Landeshauptstadt aus dem Schatten Berlins hervorzutreten. Für die politische Spitze ist die Überwindung der Kommunikationsdefizite und die Gewinnung aller Kräfte für einen gemeinsamen Kurs eine sich immer wieder neu stellende Herausforderung.

Genau hier setzt die Initiative für ein STADT FORUM POTSDAM an, für eine Institution, die wesentliche Kräfte und Instanzen der Stadt zusammenführt und mit direkten Kommunikationsformen den Prozess der Neuausrichtung der Stadtpolitik inhaltlich untermauert, fachlich qualifiziert und durch öffentliche Debatten transparent macht. Das STADT FORUM POTSDAM stellt sich die Aufgabe, alle wichtigen Fragen, Aspekte und Konflikte der Potsdamer Stadtentwicklung zu behandeln - in wechselseitiger Verknüpfung von Fachwissen, bürgerschaftlichem Engagement und politischer bzw. administrativer Verantwortung. Das STADT FORUM POTSDAM will nicht erst tätig werden, nachdem die Würfel gefallen sind, sondern will über Zusammenhänge, bereits vorliegende Ergebnisse und Hintergründe aufklären, bevor die Entscheidungen getroffen werden. Das STADT FORUM POTSDAM versucht, als „Verhandlungsgremium zu kooperativen Lösungen beizutragen“ (Erika Spiegel). Voraussetzung dafür ist der unvoreingenommene, gleichberechtigte Dialog aller engagierten Personen - jenseits ihrer formalen Legitimation.

Eine derartige Institution reagiert auf die erhöhte Dynamik der Stadtentwicklungsprozesse und die Umwälzung vormals gültiger Rahmenbedingungen, die auch die Instrumente und Methoden der Planung nicht unberührt lässt. Der gezeichnete Plan, ob nun als rechtlich normierter Flächennutzungsplan oder als künstlerisch ambitionierter Masterplan, hat eine nachlassende Steuerungskraft. Neben der Gewährung von Entwicklungs- und Nutzungsrechten durch die öffentliche Seite bildet sich zunehmend ein komplexer Verhandlungsprozess heraus, in dessen Verlauf die gegenseitigen Interessensphären abgesteckt, Rechte und Pflichten kalkuliert und dann in verschiedenen Vertragsformen fixiert werden. Die Verwaltung ist in diesem Prozess nicht länger nur gewährende Instanz, sondern spielt eine aktive Rolle z.B. als Mediator, indem sie Prioritäten setzt und Konsequenzen alternativer Sachentscheidungen aufzeigt - sie ist ihrerseits auf die aktive Teilnahme der anderen Akteure genauso angewiesen. Die Politik wiederum bedarf der fortlaufenden konsultativen Rückkopplung jenseits der periodischen Wahltermine, wenn sie ihre notwendigen Entscheidungen legitimieren will.

Modernes Regieren bedeutet nicht Expertenherrschaft, sondern besteht aus kooperativem Aushandeln - gerade auf der kommunalen Ebene. Leitmotiv des STADT FORUMS POTSDAM ist nichts anderes als der Gedanke, dass die manchmal mühsame Suche nach Kompromissen und nach politischem wie sozialem Ausgleich der bei einem bestimmten Thema deutlich gewordenen Interessengegensätze lohnender und auf lange Sicht tragfähiger ist als der Ruf nach dem „Ruck“, nach der scheinbar entschlossenen, womöglich noch ohne parlamentarischen Rückversicherung zustande gekommenen politischen Tat.

In den ersten Jahren des STADT FORUMS POTSDAM wurden wichtige Beiträge in der öffentlichen Diskussion von Themen geleistet, die eine eher aktuelle Begründung hatten. Nachdem eine beachtliche Wegstrecke der Wiederherstellung und Reparatur städtischen Lebens und öffentlichen Raums gewidmet war, deuten sich nun Themen wie die Zukunft der Potsdamer Mitte oder die verbesserte Nutzung des Wissenschaftspotentials für die Stadtentwicklung an. Ein Beitrag des STADT FORUMS POTSDAM könnte in diesem Sinne die Thematisierung neuer Perspektiven und Modelle für eine zukünftige Stadtentwicklung sein, ohne dabei natürlich die gewachsenen Themen und die tagespolitische Aktualität zu vernachlässigen. Freilich kann der Versuch, neue Richtungen und Impulse anzureißen, nur ein Ansatz sein. Eine zukunftsorientierte städtische Entwicklung

benötigt jedoch eine gute Portion Visionen, um Leitlinien und Zielrichtungen zu finden und gerade angesichts materieller Zwänge nicht aus den Augen zu verlieren. Ein Modell der 'Ideal-Stadt' Potsdam - entwickelt und weiterentwickelt im interdisziplinären Diskurs als neuem thematischen Akzent des Forums - könnte ein solches Leitbild vermitteln.

Die Arena, in der sich ein solch interaktiver Kommunikationsprozess vollzieht, kann ein Stadtforum sein, wenn es Kontinuität und Breite der angesprochenen Interessen verkörpert, wenn es durch qualifizierte, entscheidungsnah Arbeit Verbindlichkeit erzeugt, wenn es stadtpolitische Akzeptanz erwirbt und wenn die Politik ihren Beratungsbedarf eingesteht. Das Gelingen des innovativen Experiments STADT FORUM POTSDAM bleibt also an eine Reihe von Voraussetzungen geknüpft, es bedarf einer gewissen Zeit und es benötigt Engagement und konstruktiven Ehrgeiz. Ziel bleibt die Erarbeitung eines übergreifenden, aber stabilen Konsenses über die Entwicklung und das Bild der Stadt - Schritt für Schritt, in öffentlicher Rede und Gegenrede, ergebnisorientiert, aber nicht harmoniesüchtig, jenseits eingefahrener Denkweisen, aber realitätsnah. Die Unterstützung durch die Stadtverordnetenversammlung, die enge Kooperation mit den politischen Repräsentanten, der Verwaltung und den zahlreichen Institutionen, Initiativen und Vereinszusammenschlüssen von Potsdamer Bürgern sind unerläßliche Voraussetzungen dafür.

Dr. Günter Schlusche
Udo Müller

Potsdam als Schimpfwort Stadtforum debattierte Landeshauptstadt-Funktion: Patenschaften für neidische Randregionen?

Wird Potsdam seiner Verantwortung als Landeshauptstadt gerecht? Dieses brennende Thema behandelte am Donnerstagabend im Haus der Brandenburgisch-Preussischen Geschichte das Stadtforum, ein aus hochrangigen Fachleuten zusammengesetztes Beratungsgremium. Erich Jesse, Chef des Sanierungssträgers Potsdam, sieht diese Rolle vornehmlich als „Schaufenster“ für das Land, also auch für die dahinschreitenden Randregionen. Oberbürgermeister Jann Jakob hatte dazu praktische Vorschläge parat, so die Einrichtung einer Dependence in der Brandenburger Straße, in der die Landkreise sich präsentieren und um Investoren für Touristen werben können. Zuvor waren von Prof. Ulf Matthiesen, Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung Eberswalde, allerdings viel weiter gehende Ideen vorgebracht worden. Für ihn steht fest, dass Brandenburg Regionen auf lange Zeit durch eine ungleiche Entwicklung zwischen West- und Ostdeutschland zurückgelassen werden. Die „Starken“ im Speckgürtel um Berlin müssten den „Schwachen“ helfen. Matthiesen empfahl, das Potsdam zeitweilige Patenschaften über Landstädte übernimmt und „Raumpioniere“ an die Peripherie entsendet, die dort für Aufschwung sorgen. Darum bemühe sich die Potsdamer Fachhochschule bereits, erklärte Rektorin Prof. Dr. Helene Klein, in dem sie ihren nach Berlin strebenden Absolventen auch die Prignitz oder die Niederlausitz als Arbeitsfelder empfiehlt. Unwidersprochen blieb Matthiesens Vorstoß allerdings nicht. Für Frankfurt (Oder) wünscht sich Oberbürgermeister Martin Patzelt Potsdam keineswegs als „zeitweilige Patentin“. Notwendig seien keine „Carepakete“, sondern langfristige Kooperationen zu beiderseitigem Nutzen. Beispiel für eine solche Kooperation könnte der Theaterverbund zwischen Potsdam und der Theaterstadt Frankfurt (Oder) sein. Oberbürgermeister Christian Kneisel jedoch ein Streckenschild. Ausgerechnet der strukturschwachen alten Hauptstadt der Mark habe man mit dem Musiktheater die anspruchsvollste Sparte übertragen. Eine Personalreduzierung auf 24 Prozent und verspätet eingehende Zuwendungen ließen die Aufgabenstellung illusorisch erscheinen, für den Verbund jährlich fünf bis sechs Opern



und Operetten zu inszenieren. Der Brandenburger Stadtverordnete Friedrich von Kekuile nahm erneut zum Problem einer Landeskunsthalle Stellung. Den Landeshauptstädtern könne durchaus zugemutet werden, hochrangige Ausstellungen in Brandenburg zu besuchen. Potsdam brauche deshalb eine solche Kunsthalle nicht. Er wolle die Bevorzugung der Landeshauptstadt bei der Förderung nicht in Frage stellen, notwendig sei aber die Einhaltung der Verhältnismäßigkeit, erklärte Martin Patzelt unter anderem im Hinblick auf das geplante Spaßbad. Mit einem „Schaufenster Potsdam“ sei dem Land nicht gedient, wenn dahinter die Läden leer stünden. Er fordert die Potsdamer Kommunalpolitik auf, ihre „arrogante Haltung“ aufzugeben. Bisher werde Potsdam Berlin das Gesicht und dem Land die Kehrseite zu. Ihm sekundierte der Pots-

dam-Korrespondent der Märkischen Oderzeitung, Ulrich Thiesßen. An der Oder sei der Name Potsdam ein Schimpfwort, behauptete er und forderte eine genaue Abrechnung der der Stadt vom Land zufließenden Hauptstadtmittel. Werders Stadtoberhaupt Werner Große folgte leidend der Diskussion, denn die finanziell gesunde, aufstrebende Blütenstadt profitiert ungenügend von der Nähe zu Berlin und Potsdam. Große forderte einen schnellen Bau des Potsdamer Spaßbades, denn dies sei eine auch für die Werderaner wichtige Investition und koste sie zudem keinen Cent. Oberbürgermeister Jakob bot seinen Amtskollegen schließlich weitere Kooperationen an, so die Beteiligung an Aufträgen bei Immobilien- und Tourismusmesse. An einem lieft er allerdings nicht rütteln: Wer die Funktion der Landeshauptstadt als „Schaufenster“ für das Land befrachte, der könne nicht eine entsprechende Ausstattung mit Spaßbad und Kunsthalle verneinen. Die im Land weit verbreitete „Neiddiskussion“ sei deshalb fehl am Platz. **ERHART HOHENSTEIN**

1. Das STADT FORUM POTSDAM ist ein unabhängiges, fachübergreifendes und öffentlich tagendes Gremium, das zur inhaltlichen Neuausrichtung der Stadtentwicklung Potsdams wichtige Impulse geben will.

2. Im STADT FORUM POTSDAM arbeiten Mitglieder öffentlicher und privater Institutionen mit. Jede/r hat gleiches Rederecht, jenseits seiner/ihrer formalen Qualifikation. Die Mitglieder des STADT FORUMS POTSDAM werden persönlich eingeladen. Sie verstehen sich als engagierte, dem Gemeinwohl der Stadt verpflichtete Individuen, nicht etwa als weisungsgebundene Delegierte.

3. Das STADT FORUM POTSDAM tagt regelmäßig zu unterschiedlichen, jedoch qualifiziert vorbereiteten Themen. Die Sitzungen werden vom Moderator geleitet. Eine Kerngruppe ist verantwortlich für die inhaltliche Steuerung, die Einladung der Mitglieder sowie die Vor- und Nachbereitung der Sitzungen. Sie bildet zusammen mit den in „Bänken“ gegliederten Mitgliedern das Plenum.

4. Die Mitglieder bringen alle verfügbaren Informationen ein - nach dem besten Stand ihres Wissens. Die Hinzuziehung von Experten und das Einsetzen von Arbeitsgruppen ist möglich.

5. Das STADT FORUM POTSDAM erarbeitet Positionen in einem transparenten, für alle Blickrichtungen offenen Verfahren, es stimmt nicht ab. Ziel ist die konsensorientierte Erarbeitung von Problemlösungen und Empfehlungen, nicht der bloße Austausch von Standpunkten.

6. Für die erfolgreiche Arbeit des STADT FORUMS POTSDAM ist die enge Zusammenarbeit und Unterstützung durch Politik und Verwaltung v.a. der Landeshauptstadt Potsdam unverzichtbar. Die Mitglieder des STADT FORUMS POTSDAM erwarten, daß die von ihnen erarbeiteten Empfehlungen und Positionen bei den Entscheidungen der politisch und fachlich Verantwortlichen berücksichtigt werden.

7. Die Sitzungen des STADT FORUMS POTSDAM werden protokolliert, die Empfehlungen werden schriftlich zusammengefaßt.

8. Für die Organisation und das technische Management (Einladungen, Adressen, Materialien usw.) ist eine Geschäftsstelle verantwortlich, die auch zwischen den Sitzungen als Anlaufstelle fungiert.

Diese Arbeitsvereinbarung wurde auf der konstituierenden Versammlung des STADT FORUMS POTSDAM am 25.3.1998 zustimmend angenommen.

PNN 24. JUNI 2006

Ohne Neubau kein Zuzug

Stadtforum zu Perspektiven des Potsdamer Städtebaus

VON GÜNTER SCHENKE

INNENSTADT - Das Gesicht der Baubegeordneten Elke von Kuick-Frenz strahlte Zufriedenheit aus, als sie beim Stadtforum am Donnerstagabend mehrfach von „Platte toll“ sprach und für das Jahr 2010 eine Einwohnerzahl von 160 000 prognostizierte. Wohnungsleerstand sei kein Thema. Abriss wie in anderen Ost-Kommunen auch nicht. Selbst am umgeliebten Schlatz mit Wohnungsmieten höher als in Berlin-Hellersdorf gibt es derzeit keinen nennenswerten Leerstand.

Demografie-Spezialist Rainer Pokorny legte beim Einwohnerwachsen sogar noch 6000 dmea, fügte allerdings warnd hinzu: „Wenn wir so weitermachen wie heute, dann werden es nie auch zur 160 000 Einwohner.“ Ohne Neubau von Wohnungen, so der Controlling-Chef, gebe es auch keinen Bevölkerungszuwachs. Laut von Kuick-Frenz fehlen vor allem Wohnungen im niedrigen und mittleren Preissegment und von der Größe her Ein- und Zweizimmerwohnungen.

Ob hier in Kürze Abhilfe zu erwarten ist, blieb beim Stadtforum im Nebel - obwohl fast alle, die dann aussagefähig waren, anwesend waren. Horst Müller-Zinsius, Geschäftsführer von Pro Potsdam und vom Entwicklungssträger Bornstedter Feld, sprach davon, dass gewisse planerische Grundlagen für das Bornstedter Feld gelegt seien. Diese beziehen sich offenbar nicht auf Eigentumswohnungen und Einfamilienhäuser, sondern auf den Mietwohnungsbau. Allerdings sagte Müller-Zinsius auch: „Für den Neubau fehlen die Voraussetzungen.“ Und das sind vor allem zwei: Die Stadt hat kein Geld und ein potenzieller Baner wie Pro Potsdam nicht die Grundstücke. Stadt und Wohnungsgesellschaft könnten ins Geschäft kommen, wenn erstere ihre Grundstücke als Bauland kostenlos zur Verfügung stelle. So etwas hat es in der neueren Baugeschichte Potsdams, die Denkmalpfleger Jörg Limberg anhand der eindrucksvollen Beispiel des genossenschaftlichen Wohnens darstellte, allerdings noch nicht gegeben. Pro Potsdam will neu bauen, wenn es kostenlose Grundstücke bekommt und die Baukosten aus dem

Verkauf von 800 Wohnungen an der Neudorfer Straße am Stern zusammenkommt. Stadtverordneter Hans-Jürgen Scharienberg (Linkspartei, PDS) fragte angesichts des geplanten Deals, ob der zu erwartenden Gewinn tatsächlich größer sei als der Verlust Müller-Zinsius konstatierte, dass die frühere Gewoba am Schlatz vor sechs Jahren 800 Wohnungen verkauft habe, ohne dass bekannt geworden sei, dass der Investor „etwas Schlimmes angestellt“ habe.

Rainer Baas, Geschäftsführer der Stadtkontor GmbH gab bekannt, dass er einen „Antrag zur sozialen Nachsorge für den Schlatz“ vorbereitet. Nach seiner Meinung ist die Förderung für den

„Am Schlatz ist das Gefüge immer schlechter geworden“

schwierigsten Potsdamer Stadtteil auch weiterhin notwendig. Die geplante Schließung der Marie-Curie-Geminschaftshalle hält er aus sozialen Gründen für einen Fehlentscheid. Die geplante Schließung der Marie-Curie-Geminschaftshalle hält er aus sozialen Gründen für einen Fehlentscheid. Die geplante Schließung der Marie-Curie-Geminschaftshalle hält er aus sozialen Gründen für einen Fehlentscheid.

Speer: PDS ist der Schlüssel

Stadtforum diskutierte Situation um Landtagsneubau - und ließ vieles offen

INNENSTADT - Finanzminister Rainer Speer ist zu der Überzeugung gekommen, dass die Voraussetzungen für einen Landtagsneubau „ohne die PDS nicht zu machen“ seien, verkündete er auf dem Stadtforum Donnerstagabend im Alten Rathaus. „Ich werde mich darum kümmern“, kündigte er an. Die PDS sei der Schlüssel, um einen Beschluss der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung zu erreichen.

Wie das „Kümmern“ um die PDS aussehen soll, blieb offen. PDS-Stadtvordneter Ralf Jäkel jedenfalls hatte auf dem Stadtforum noch seinen Vorschlag vorgebracht, den Landtag mit der Versatz-Fassade des Palastes Barberini am Havellufer und die Büros der Landtagsabgeordneten in den gestutzten Seitenflügeln des Schloss-Nachbaus unterzubringen. Damit erntete er jedoch sarkastischen Unmut. Untergrund-Geschäftsführer Erich Jesse hält diesen Vorschlag zwar für nicht schlecht, „aber den hätte die PDS 1990 machen müssen“.

Es seien bereits 17 bis 18 Millionen Euro für die Herrichtung des Bauplatzes ausgegeben worden. Diese Ausgaben im Sanierungsgebiet seien nötig gewesen, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, damit gemäß dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung eine Annäherung an den historischen Stadtgrundriss erreichbar sei. Wie es nach der zweimaligen Ablehnung der Auslegung des Bebauungsplans für das Landtagsschloss weitergehen soll, blieb auch nach der vierstündigen Stadtforum-Sitzung offen. Finanzminister Speer hat jedenfalls nach eigener Auskunft sechs Stapel zu je 800 Seiten Unterlagen auf seinem Schreibtisch. Diese sind dazu bestimmt, den ausgewählten Bewerbern eines europaweiten Auswahlverfahrens zugesandt zu werden. Bekanntlich hatten sich in einem streng geheimen Verfahren elf Investoren interessiert gezeigt, von denen sechs nun in der engeren Wahl sind. Schon we-

gen des Verfahrensdruckes hält Speer eine Umkehr oder ein Ausweichen auf einen anderen Standort für unmöglich. Vielem mehr zu erreichen, das Anfang des Jahres 2007 die von ihm gewünschte Entscheidung fällt. Einen Vorschlag von Saskia Hüneke, die sich um den historischen Bestand des Stadtschlösses wie niemand anderes verdient gemacht hat, einen nicht eingehalten zu werden, lehnt er kategorisch ab. Die Schlossbefürworter im engeren Sinne ließen sich auch durch einen Wettbewerb, der wieder neue Entwürfe und Modelle bringe, nicht befriedigen. Hüneke besteht vor allem auf der historischen Baulinie, denn wenn diese nicht eingehalten würde, entsteht ein völlig anderer Bau als der Knobelsdorff-Vorgänger.

Und der Oberbürgermeister? Dieser suchte bei den Experten im Stadtforum vergeblich eine Antwort auf die Frage, was er denn hätte anders machen müssen, um nicht zweimal in der Stadtverordnetenversammlung zu scheitern. Ein drittes Mal werde er den Antrag zur Auslegung des Bebauungsplans jedenfalls nicht einbringen, stellte er unmissverständlich klar. Damit scheint festzustehen, dass auf der Stadtverordnetenversammlung am Mittwoch noch nicht einmal abgestimmt wird. Allerdings will Steven Brest (CDU) bisher eine dritte Abstimmung herbeiführen, wobei er sich mit seinem Antrag auf die Vorlage des Oberbürgermeisters bezieht. Prinzipiell will Jakob aber nicht zurückweichen: „Entweder führen wir das eingeleitete Verfahren zu Ende oder es ist beendet und dann kriegen wir auf absehbare Zeit auch keine neue Mitte.“ Eine Befragung der Bevölkerung lehnt er mit der Begründung ab, dass diese lediglich ein Stimmungsbild bringen würde. Aber: „Wofür wir uns auch entscheiden, es wird nur gehen, wenn wir eine breite Zustimmung in der Stadtverordnetenversammlung haben.“ Daraus lässt sich nur der Schluss ziehen, dass der Vorschlag zur Schaffung von Baurecht für das Landtagsschloss erneut überarbeitet und nach dem „Kümmern“ von Speer Anfang 2007 erneut vor die Stadtverordnetenversammlung kommt und dann die gewünschte „breite Zustimmung“ findet. **GÜNTER SCHENKE**

ZITIERT

Unsymmetrisch und mit kaputtem Plan

Dieter Lehmann (Fachbereichsleiter): „Das Original von Knobelsdorff ist weder rechtwinklig noch voll symmetrisch.“

Michael Brüner (Architekt): „Ein Investorenverfahren kann alles zunichte machen; ich kann Sie nur davor warnen.“

Jürgs Sulzer (Stadtplaner): „Die Demokratie muss als Bauherr zum Zuge kommen.“

Christian Wendland (Architekt): „Der Knobelsdorff-Entwurf ist nicht zu toppen.“

Saskia Hüneke (Stadtverordnete): „Sie fangen wieder bei null an, dabei hat der Beirat Potsdamer Mitte nach schwerem Ringen schon einen Kompromiss gefunden.“

Jann Jakobs (Oberbürgermeister): Eine Mehrheit aus denen, die den Landtagsneubau an dieser Stelle schon immer ablehnten und aus denen, die am Detail hängen, führte zum Scheitern in der Stadtverordnetenversammlung.“

Ralf Jäkel (Stadtverordneter): „Das ganze Schloss kann sich die Stadt nicht leisten.“

Gunter Fritsch (Landtagspräsident): „Wir brauchen einen Ptenarsaal und keinen Marmorsaal.“

Rainer Speer (Finanzminister, SPD-Unterbezirkschef): „Wir sind in Gelselhaft durch die Diskussion in der Stadt Potsdam.“

Elke von Kuick-Frenz (Baubürgerordnete): „Woher sollen wir die Baulinien legen, wir haben nur einen einzigen Plan aus dem Jahre 1910 und der ist auch noch kaputt.“ **G.S.**

Sehnsucht nach Königen und Bildern

Zwei Foren zum Landtagsschloss

Allein die Duplizität der Ereignisse entlarvt das Unglück der Debattenkultur zum Landtagsschloss. Am Donnerstagabend gab es dazu gleich zwei hochrangige Foren. Unabhängig voneinander kabbelte man sich zeitgleich auf zwei Etagen im Alten Rathaus.

„Die Demokratie als Bauherr verlangt höchste Stadtbaukunst“, sagte oben im „Stadt Forum“ der Stadtplaner Jürg Sulzer aus Bern. Er war nicht der einzige, der mehr Transparenz und Ehrlichkeit des Verfahrens forderte. Michael Bräuer, letzter DDR-Staatssekretär für Städtebau und Oberbürgermeister für die Pläne am Alten Markt, kritisierte: Wenn man sechs Konsortien beauftragt, schränkt man die Alternativen auf sechs Entwürfe ein, bei denen der Investor die Krone auf hat und der Architekt nur Dienstleister ist. Den schon entstandenen Image-Schaden für Potsdam könne man nur auf einem Weg reparieren: „Mit einem exzellent gebauten Landtag.“

Was exzellent ist, bleibt strittig. Außen die plastische Struktur des Knobelsdorff-Schlusses, sagt Saskia Hüneke. „Denn Maße bestimmen Architektur und Raum.“ Der Innenraum sei dann „eine hochstehende moderne Architekturaufgabe“. Der Historiker Andreas Kitschke ist dagegen sicher, der Landtag habe einen reinen Knobelsdorff gemeint. „Im Beschluss ist ja sogar der Figurenschmuck erwähnt.“

Ralf Jäkel von der Linkspartei reanimierte seine Kamelle von der Kopie, aus der man einfach jene Ecke schneidet, die laut Oberbürgermeister Jann Jakobs „die größte Kreuzung Europas, mindestens aber Brandenburgs“ beansprucht. Kurz: Jeder hat seinen Landtag im Kopf, jeder einen anderen – und keiner bewegt sich einen Millimeter. Seit Jahren.

Bräuer rät dringend zu einem Mediator. Und ruft verzweifelt: „Es fehlen Bilder.“ In der jetzt verlaufenen Zeit hätte man gut einen Architekturwettbewerb durchführen können, moniert er, nachdem der Oberbürgermeister kleingaut gefragt hatte, wo eigentlich der Wehfehler im Verfahren gelegen habe.

Dass ein offener Wettbewerb auch keine Qualitätsgarantie bringe, merkte Uwe Preisler an. Man habe dann zwar einen schönen Siegerentwurf, der müsse aber auf die Finanzausstattung des Investors „eingedampft“ werden.

Finanzminister Rainer Speer verteidigte das von der

Bundesarchitektenkammer anerkannte Verfahren der Vergabe an sechs Planer- und Investorentams als „optimale Verbindung von Finanzen und Qualität“.

Eine Etage tiefer hieß die Gretchenfrage „Wessen ist die Stadt?“ Sie gehöre Bürgern, Touristen, Architekten, Machthabern – so die einfacheren Antworten. Doch gingen die Protagonisten im Finale der Vortragsreihe „Politik in Stein“ des Zentrums für Zeit-historische Forschung im Kulturland-Themenjahr Architektur tiefer. Kritische Rekonstruktion bedeutet nicht nur, Verlorenes 1:1 aufzubauen, sondern nach Josef Kleihues sich dem historischen Stadtgrundriss anzunähern und „ge-

Anzeige

KAMMERAKADEMIE POTSDAM

So | 17. Dezember | 16 Uhr
Mo | 18. Dezember | 20 Uhr
Schlosstheater Neues Palais

Schlusskonzert in Sanssouci

Muriel Cantoreggi
Violine und Leitung
Patrick Ayrtton
Cembalo
Kammerakademie Potsdam

Werte von Purcell, Dowland, Händel, Mozart, Bach

Tickets 0331 | 28 888 28
www.kammerakademie-potsdam.de

schichtlose Löcher zu stopfen“, wie es Senatsbaudirektor a. D. Hans Stimmann seit 1991 in Berlin 40.000 Mal gelang. Stimmann empfahl zum Landtagsschloss eine fünfjährige Denkpause. Und lehnte den Zwitter von Historie und Moderne ab. Entweder, oder?, gab er als Devise aus.

Aus Angst vor „autistischen“ Solitären gibt es „große Vergangenheitslust“, sagte der Publizist Erwin Zohlen. Potsdam lebe dank Maßstäblichkeit und Homogenität auch „ohne Herz“, fand Manfred Ortner. Das Resümee des Österreicher: „Es gibt derzeit keinen Entwurf, der mit dem Schloss konkurrieren kann.“

Der Stiftungsgeneraldirektor Hartmut Dorgerloh sieht sich nun nach dem König. Er plädierte zumindest für eine „starke Figur mit Mut zu Entscheidungen“. Bei der Kompetenz der Stadtverordneten sei er „im Zweifel“. Aber wie sagte Churchill: „Die Demokratie ist die schlechteste Regierungsform, ausgenommen alle anderen.“ V.KL./C.H.

Potsdam aus Landessicht

Stadtforum beschäftigt sich 2006 mit moderner Architektur und der Mitte

INNENSTADT A Mit einer Diskussion über Potsdams Rolle als Landeshauptstadt startet das Stadtforum morgen Abend in seinen diesjährigen Veranstaltungsreihen. Dabei geht es vor allem um die Frage, wie Potsdam seine Funktion aus der Sicht der anderen Landesteile wahrnehme, sagte Günter Schlusche, Vorsitzender des Expertengremiums, gestern vor

Journalisten. Daher habe man verschiedene Fachleute eingeladen, darunter Ulf Mathiessen vom Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung Erkner, Christian Kneisel, Intendant des Theaters in Brandenburg/H., und die Bürgermeister von Frankfurt (Oder), Wittenberge und Werder, Martin Patzelt, Klaus Petry und Werner Große. Auch die Zukunft Potsdams als

PNN 1. DEZEMBER 2006

Verfahren kritisiert

Stadtplaner warnen vor Investitionsverfahren für Landtagsbau – „Rechnungshofarchitektur“

Namhafte Stadtplaner und Architekten haben gestern Abend das gewählte Verfahren zum Landtagsneubau in Brandenburg kritisiert. „Ich warne sie vor diesem Verfahren“, sagte Dr. Michael Bräuer, letzter Staatssekretär der DDR für Stadtplanung. Bei dem Modell des Bauens durch private Investoren stehe die Ökonomie und nicht die Architektur im Vordergrund. Jedoch brauche die Potsdamer Mitte einen herausragenden Mittelpunkt an dieser zentralen Stelle. Auch der Schweizer Professor für Stadtplanung, Jürg Sulzer, erklärte im Beisein von Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD), es sollte nicht der gleiche Fehler gemacht werden wie in der alten Bundesrepublik. Bauen mit dem Rechenschafts- und der Rechnungsarchitektur“, wie der Stiftungsprofessor für Stadtumbau an der TU Dresden es bezeichnete. Beide plädierten für mehr Zeit in der Debatte, die nicht durch Paragrafen, jedoch durch Gespräche geführt werden müsse.

Sie kritisierten vor allem das Vorgehen des Landes und die kompromisslose Darstellung „So-oder-nichts“ des Finanzministers Rainer Speer (SPD). Es dürfe hierbei nicht um Macht gehen, sondern um das Aushandeln von Positionen“, sagte Jürg Sulzer. Michael Bräuer erklärte: „Wir brauchen einen Mediator für die Stadtentwicklung“. Es würden in der Landtagsdebatte immer mehr Rechtspositionen eingenommen, dabei vergisst man miteinander zu sprechen, so das Mitglied der Akademie der Künste. Er sei als gebürtiger Dresdener gegen den Wiederaufbau der Frauenkirche gewesen, sagte Bräuer. Jedoch müsse er eingestehen, dass der Wiederaufbau eine ungeheure Sorgwirkung



Grabung vor dem... Landtagsneubau oder nur Freilegung der Schlossreste? Foto: ddp

habe. Auch, wenn „das Disneyland geworden ist“. Nichts davon sei echt. Auch Jann Jakobs erklärte zuletzt, der Bau des Landtagsschlosses sei eine Art Ankerinvestition, der sich private Bauherren anschließen und mehr als eine halbe Milliarde Euro ausgeben sollen.

Preußischer Themenpark oder barocke Innenstadt mit modernen Elementen – vor dieser Entscheidung stehen auch die Stadtverordneten, Stadtplaner und Potsdamer. „Die Stadt kann europäische Städtebaugeschichte schreiben“, sagte Jürg Sulzer. Er ist Leiter des Kompetenzzentrums „Revitalisierender Städtebau“ in der Europastadt Götting/Zgorzelec – der Potsdam bei der Bewerbung um die Kulturhauptstadt Europas unterlegen war. Dabei sei die Zeit nicht das entscheidende, jedoch ein Konsens in der Bevölkerung und unter allen Beteiligten. In der Diskussion habe keiner ein Alleinstellungsrecht, so Sulzer. Weder die Befürworter des Originalaufbaus noch die Architekten der Moderne. Er attestierte den Stadtplanern, mit dem Projekt Aufbau am Alten Markt eine „zentrale Weichenstellung für die Zukunft“ in der Hand zu halten. Dass die Stiftung deutsche Baukultur sich in Potsdam ansiedeln wird, verpflichte vor diesem Hintergrund noch viel mehr zu einer gelungenen Architektur. Sowohl Sulzer als auch Bräuer riefen daher, ein Architekturverfahren durchzuführen und den Sieg vom Investor bauen zu lassen.

Wohin das führen kann, sehe man derzeit beim Berliner Hauptbahnhof, sagte ein Entscheidungsträger der Stadt danach den PNN. Oder am Beispiel Reichstag: Der Siegerentwurf hatte keine Kuppel, doch der Bund als Bauherr wollte dieses Element des Zweitplatzierten im Siegerentwurf verankert sehen. Dabei komme es ebenso zu Unklarheiten wie in dem jetzt gewählten Verfahren. Dabei sollte der Bebauungsplan, der von den Stadtverordneten bereits zwei Mal abgelehnt worden ist – als Grundlage des Verfahrens genommen werden. Nun ist es auf Eis gelegt. Wie lange, darüber verhandeln gerade die Politiker. Und ob es eine Bürgerbefragung geben soll oder nicht. Nach Ansicht von Verfahrensbeobachtern läuft es auf die Befragung aller Potsdamer hinaus und es kommt am 6. Dezember vorerst zu keiner dritten Abstimmung. Zwar hat die CDU den abgelehnten Bebauungsplan erneut zur Abstimmung gestellt, die Vorlage kann jedoch bis zum Abend des Niko-lausfestes zurück gezogen oder zurück gestellt werden. JAN BRUNZLOW

MAZ 29./30. APRIL 2006

Entsendet Raumpioniere!

Hauptstadt mit dem Hintern zum Land

VOLKMAR KLEIN

Bravo-Rufe nur an einer Stelle: Die Landeshauptstadt möge den „Rückanschluss an die asketische Linie Preußens“ suchen, hatte Professor Ulf Mathiessen vom Institut für Regionalentwicklung Erkner empfohlen. Der Applaus gründete sich weniger auf den Neid der siechen Peripherie als vielmehr auf das schlechte Gewissen jener, denen die Gnade der politgeografischen Lage Niemeyer-Bäder, Landtagsschlösser und neue Kulturpaläste beschert: Mehrheitlich Hiesige waren zum Stadt-Forum am Neuen Markt gepilgert, um Potsdams Verantwortung für den Rest des Landes zu besprechen.

Viele Kollegen hätten ihn mit der Bitte entsendet „Mach sie fertig!“, verriet Christian Kneisel, Intendant des ausblutenden Brandenburger Stadttheaters. Er fütterte das kollektive Unwohlsein der Privilegierten mit der Auskunft, dass von den 30 Abiturienten seiner Jugendtheatergruppe 29 weggehen. In Brandenburg sei die Identitätskrise mit Händen zu greifen, während Potsdam mit seiner „wahnwitzig schönen und aufwendigen Schiffbauergasse“ seine Leuchtturmfunktion erfülle, ohne genug Fürsorge für andere zu zeigen.

In der Oderregion gelte Potsdam gar als Schimpfwort, will der Journalist Ulrich Thiesen festgestellt haben. Mangel an Solidarität machte er als Grund ausfindig und erinnerte an die Entscheidung gegen die Lausitzer Kohle beim Heizkraftwerksbau sowie die Tatsache, dass Potsdam dem Frankfurter Staatsorchester schade, indem sich die Stadt entgegen dem Theaterverbundmodell einen eigenen Klangkörper leiste. Thiesen forderte einen Mentalitätswechsel: „Wer nur

mit dem Gesicht zu Berlin steht, steht mit der anderen Seite in Richtung Land.“

Verständnis für Potsdams „Schaufensterfunktion“ zeigten die Bürgermeister von Wittenberge und Werder, Klaus Petry (SPD) und Werner Große (CDU). Letzterer bekannte, zur Baumbilke gern die Berliner abzockeln und sich sonst auf das Niemeyer-Bad zu freuen. „Da brauche ich den Leuten bloß den Bus zu bezahlen, billiger geht es nicht.“ Spitzer war Martin Pat-

Anzeige

Bartscherer
A Co. Recycling GmbH
Entsorgungsfachbetrieb
Recycling von
Altpapier
und allen anderen Abfällen zur Verwertung
Montanstraße 17-21 | 13407 Berlin
Tel.: 030/40 88 93-0 | Fax -33
http://www.bartscherer-recycling.de

zelt, CDU-Stadtoberhaupt aus Frankfurt (Oder): „Was nutzt ein Schaufenster, wenn im Laden nichts mehr drin ist?“ Seinem Amtskollegen Jann Jakobs hielt er vor, Potsdam lebe „wie bei Hofe“. „Wenn Sie sich für uns interessieren könnten, würden sie Mäßigung üben.“ Patzelt war es auch, der Potsdam „als Patentante“ ablehnte, nachdem Mathiessen vorgeschlagen hatte, die Landeshauptstadt solle im jährlichen Wechsel „Tandems“ mit anderen Kommune bilden und den schwächeren Regionen „Raumpioniere“ senden, die dort auf eigene Rechnung „Konzepte erproben und Mikrozetze knüpfen“ sollten.

Schaudernd erinnerte sich der Brandenburger Stadtverordnete Friedrich von Kekulé an seine Kooperationsidee, die Domstadt könne für Potsdams Kulturhauptstadt-Kampagne eine Kunsthalde anbieten. „Die Antwort war Hohnlachen.“

PNN 26. APRIL 2006

Stadtforum: Broschüre fertig

Finanzierung gesichert / Erste Sitzung morgen zur Landeshauptstadt

VON GÜNTER SCHLUSCHE

INNENSTADT - „Potsdam und seine Funktion als Landeshauptstadt“, so lautet das Thema der Sitzung des Stadtforums am morgigen Donnerstag um 18 Uhr im Haus der Brandenburgisch-Preussischen Geschichte. Noch zwei weitere Runden werden in diesem Jahr stattfinden: Im Juni zu „Streitfragen der Architektur der Moderne“ und im Oktober zu „Zukunftsnutzungen und -strukturen in der Mitte Potsdams“. Über die Aktivitäten des vergangenen Jahres liegt seit gestern die „Dokumentation 2005“ als Broschüre vor.

Nach Einschätzung von Oberbürgermeister Jann Jakobs hat das Stadtforum in der Vergangenheit brillante und aktuelle Themen aufgeführt, die zu notwendigen Entscheidungen beigetragen haben. Jakobs hob unter anderem die „überfallige Diskussion“ zum Kulturmanagement in der Stadt hervor, als deren Folge eine Arbeitsgruppe entstand, die Lösungs-

schläge unterbreiten soll. Dabei geht es nicht nur um den Kulturstandort an der Schiffbauergasse, sondern auch um den in Potsdam Mitte. „Wir müssen die kulturellen Einrichtungen der Mitte gemeinsam vermarkten“, so Jakobs.

„Zum ersten Mal haben wir von Anfang an eine gesicherte Finanzierung“, hob der Stadtforum-Organisator Dr. Günter Schlusche hervor. Mit den Mitteln konnte unter anderem die Dokumentation 2005, deren Umschlagfoto eindrucksvoll die Potsdamer Innenstadt abbildet, gedruckt werden. In den vergangenen Jahren hatte es bekanntlich immer wieder Probleme mit der Finanzierung gegeben. Dass das jetzt nicht mehr so ist, führt Schlusche auf die Wertschätzung von Stadtverordneten und Verwaltung einschließlich des Oberbürgermeisters mit der geleisteten Arbeit zurück.

Das Stadtforum mit seinen ehrenamtlichen aktiven Mitstreitern habe sich zu einer festen Größe in der Stadt entwickelt;

sagte Hajo Kölling von der Kerngruppe. Anfangs mehr ein Forum für Fachgespräche unter Architekten, habe es mittlerweile eine breitere Basis gefunden, wofür die rege Beteiligung an den jeweils fast vierstündigen Sitzungen zeuge. Schlusche betonte ausdrücklich, dass die Sitzungen auf denen kompetente Fachvertreter und Kommunalpolitiker zu Wort kommen, für jedermann offen sind.

Jakobs verspricht sich von der Auftakt-sitzung für 2006 am Donnerstag eine interessante Diskussion, weil die Außensicht auf Potsdam als Landeshauptstadt sich oft anders darstelle als vor Ort. Unter anderem werden der Oberbürgermeister von Frankfurt (Oder) sowie die Bürgermeister von Brandenburg an der Havel, Werder und Wittenberge zu Wort kommen und sich zur Hauptstadtdefinition Potsdams äußern. GÜNTER SCHLUSCHE

Kontakt zum Stadtforum per E-mail an: guenter.schlusche@web.de

MAZ 26. APRIL 2006